

Für Rätemacht und Revolution!

KLASSENKAMPF

Nummer 41/42 | Oktober 2020 | 2,-

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution



USA VOR DEM BÜRGERKRIEG?

Editorial: Keine „nationale Einheit“, kein Frieden mit der Bourgeoisie

Kapitalistische Naturzerstörung und Corona sind zwei Seiten der gleichen Medaille

Seite 2

Türkei, Griechenland, Frankreich

Gemeinsame Erklärung der türkischen und französischen Sektionen des Kollektivs Permanente Revolution gegen die Kriegsgefahr in der Ägäis

Seite 14

Belarus: Auf die Führung kommt es an!

Österreichische Imperialisten gehören zu den Stützen des Lukaschenko-Regimes. Wie kann das Regime zu Fall gebracht werden?

Seite 18

ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

Keine „nationale Einheit“, kein Frieden mit der Bourgeoisie!

Seit Ende Februar erleben wir in Österreich, wie die Bourgeoisie und die ihr verantwortliche Regierung die „Naturkatastrophe“ COVID-19 ausnützt, um Sozialabbau, Verelendung der ärmsten Schichten der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung, Aushöhlung der sozialen Sicherheit, Ausweitung der Rechte von Polizei und Heer, massive Eingriffe in die demokratischen Freiheiten, Unterminierung der eigenen bürgerlichen Demokratie und Aufheizung des Nationalismus voranzutreiben.

Alles Krise: Wirtschaft, Corona, Politik

Es ist eine Erfahrung, welche die Arbeiter*innenklassen in anderen Ländern – in Europa, Lateinamerika, Asien, den USA, auf allen Kontinenten – in unterschiedlicher Intensität ebenfalls machen. Die zyklische Krise des Weltkapitalismus, die sich jetzt zeigt, wird von den Propagandist*innen der herrschenden Klasse mit der Corona-Pandemie gerechtfertigt. Den bürgerlichen Ideolog*innen und ihren medialen Helfershelfer*innen ist jede

Lüge recht, um von der Fäulnis ihres Gesellschaftssystems abzulenken.

Die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und China hat die Bourgeoisie im Weltmaßstab zwar gestärkt, die Konflikte innerhalb ihrer eigenen Klasse aber enorm zugespitzt. Die alten imperialistischen Mächte – USA, Frankreich, Deutschland, England ... – sehen sich neuen, hungrigen Imperialist*innen in China und Russland gegenüber. Die alte Weltordnung wankt. Im Nahen Osten und in Nordafrika ist die alte Stabilität zerbröckelt. Regionalmächte wie Israel, die Türkei, der Iran, Indien und Pakistan nützen die Schwächung der bisherigen interna-

tionalen Hauptakteure und versuchen (auch mit kriegerischen Mitteln) ihre jeweiligen Positionen auszubauen.

Die internationale Arbeiter*innenklasse ist zwar numerisch größer geworden (nicht zuletzt durch die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung in China). Aber der „subjektive Faktor“, das Bewusstsein der eigenen ausgebeuteten Lage und die Erkenntnis der Notwendigkeit, mit dem Kapitalismus Schluss zu machen, hinkt hinter der Entwicklung der imperialistischen Widersprüche weit hinterher.

Der historische Verrat der Sozialdemokratie seit 1914 und des Stalinismus seit 1927, das Scheitern der Sammlung relevanter revolutionärer Kräfte angesichts der faschistischen Gefahr in den 30er Jahren in einer neuen revolutionären Internationale und die Zerstörung der schwachen, aber dennoch kämpfenden IV. Internationale in den Jahren 1952/53, das Aufkommen zentristischer

An unsere Leser*innen

Liebe Genoss*innen,

die Gruppe KLASSENKAMPF als kleine revolutionäre Organisation ist leider in mehrfacher Hinsicht von der Corona-Krise getroffen worden. Genossen wurden positiv getestet, andere, die zu Risikogruppen gehören, mussten ihre Aktivitäten vorübergehend stark zurückfahren.

Auch wenn wir Diskussionen und Redaktionstreffen in den "virtuellen Raum" verlegen konnten, hat das unsere Arbeitsmöglichkeiten deutlich eingeschränkt. Dazu kam, dass die Arbeitsbelastung bei allen von uns zugenommen hat.

Daher waren wir nicht im Stande, während des Sommers den normalen Erscheinungsrhythmus unserer Zeitung beizubehalten.

Wir veröffentlichen daher dieses Mal ausnahmsweise eine umfangreichere Doppelnummer, die, wie immer umfangreiche, analytische Artikel enthält. Wir haben auf unserer 2. Kon-

ferenz Ende vergangenen Jahres beschlossen, KLASSENKAMPF stärker als Zentralorgan der GKK auszubauen. Das heißt, dass die Zeitung einen „theoretischeren“ Anspruch hat als eine agitatorische Publikation. Bei politischen Interventionen zu aktuellen Themen schreiben und verteilen wir Flugblätter als Ergänzung zur Zeitung.

Wir danken für euer Verständnis. Es würde uns freuen, wenn wir beim ROTEN TISCH, unserer lockeren Diskussionsrunde, mit euch persönlich über die Artikel in unserer Zeitung diskutieren könnten. Die Treffen finden in der Regel alle zwei Wochen dienstags statt. Die genauen Termine und Themen könnt ihr entweder auf unserer Homepage finden oder ihr abonniert unseren Newsletter.

Mit revolutionären Grüßen

die Leitung der GKK

Kontakt: www.klassenkampf.net

gruppeklassenkampf@tutanota.com

(also zwischen Reformismus und Revolution schwankenden) Kräfte, die aufgrund ihrer theoretischen Verwirrung und unter dem Druck der auf ihnen lastenden bürgerlichen Gesellschaft im Reformismus (Syriza in Griechenland, NPA in Frankreich, PODEMOS im Spanischen Staat) oder (vor allem in Lateinamerika) im Abenteuerertum endeten, lässt die internationale Arbeiter*innenklasse heute gegenüber den Angriffen der Bourgeoisie oft verwirrt und wehrlos zurück.

Die Pandemie fiel nicht vom Himmel

Weltweit sehen wir eines: Die imperialistische Bourgeoisie ist nirgends imstande, die von ihrem System produzierte Pandemie wirksam zu bekämpfen.

„Von ihrem System produziert?“ Wir reden hier keinen Verschwörungstheorien das Wort, sondern wir verweisen auf solide wissenschaftliche Erkenntnisse, die einen direkten Zusammenhang zwischen kapitalistischer Naturzerstörung mit allen katastrophalen Auswirkungen (Klimawandel, Erwärmung der Weltmeere, Vernichtung der Regenwälder ...) und der Entstehung und Ausbreitung neuer Pandemien nachweisen. Die Rodung riesiger Waldgebiete zwecks Ausdehnung des nach privatkapitalistischen Gesetzen funktionierenden Agrobusiness und die weltweite Belieferung der Märkte mit exotischem Wildfleisch führen zu immer näheren Berührungsf lächen zwischen Menschen und Tieren (wobei ja der Mensch auch nichts anderes als eine besondere Spezies darstellt). Der „Spillover“, das Übergreifen von Krankheiten von Tieren auf den Menschen und die Zoonose, also das gleichzeitige Auftreten dieser Krankheiten als weltweites Phänomen sind Wissenschaftler*innen, Politiker*innen, Kapitalist*innen und einer interessierten „breiten Öffentlichkeit“ seit langem bekannt, spätestens aber seit 2014, als der US-amerikanische Wissenschaftsjournalist David Quammen in seinem Buch „Spillover“ vor einer Pandemie warnte, wie wir sie jetzt erleben.

Entgegen der lange verbreiteten Meinung, dass wir Marxist*innen die Prediger*innen der „rauchenden Fabriksschlote“ sind, haben bereits Marx und Engels den Zusammenhang zwi-

schen menschlichem Handeln und der Naturveränderung und -zerstörung gesehen:

„Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung

Bereits Marx und Engels haben den Zusammenhang zwischen menschlichem Handeln und Naturveränderung und -zerstörung erkannt.

jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. Die Italiener der Alpen, als sie die am Nordabhang des Gebirgs so sorgsam gehegten Tannenwälder am Südabhang vernutzten, ahnten nicht, daß sie damit der Sennwirtschaft auf ihrem Gebiet die Wurzel abgruben; sie ahnten noch weniger, daß sie dadurch ihren Bergquellen für den größten Teil des Jahrs das Wasser entzogen, damit diese zur Regenzeit um so wütendere Flutströme über die Ebene ergießen könnten. Die Verbreiter der Kartoffel in Europa wußten nicht, daß sie mit den mehligem Knollen zugleich die Skrofelerkrankung verbreiteten. Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht - sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“ (Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, geschrieben 1876, MEW 20, S. 452f)

Schon hier – lange vor Quammen – ei-

ne Warnung vor den Folgen von Raubbau an der Natur, deren Teil die Menschen selbst sind.

Profitgier, Beschwichtigung, Angstparolen – der österreichische Weg

Der Ischgl-Skandal

Bleiben wir in Österreich. Am 31. Dezember 2019 wurde in Wuhan (VR China) der erste Covid-Fall offiziell gemeldet, be-

reits Mitte Jänner hatte sich das Virus via Thailand in Asien ausgebreitet und erreichte am 23. Jänner die USA und Italien. Am 30. Jänner 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation WHO die Covid-Pandemie zu einer „weltweiten gesundheitlichen Bedrohung“.

Am 20. Februar 2020 trafen Bundeskanzler Kurz und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck in Innsbruck mit Vertretern der „Adlerrunde“ zusammen. Die Adlerrunde ist ein „unpolitischer“ Zusammenschluss mächtiger Tiroler Wirtschaftstreiber, unter anderem aus der Hotellerie, dem Tourismus und der Gastronomie, der spätestens seit 2017 in der Öffentlichkeit klar als Stütze für den türkisen ÖVP-Putschisten Kurz aufgetreten ist. Damals forderten die „Adler“ unter anderem die Einführung des 12-Stunden-Tages, die 60-Stunden-Woche und das Zurückdrängen der Sozialpartner in der Wirtschaftspolitik. In ganzseitigen Inseraten wurde zum Sturz des SPÖ-Kanzlers Christian Kern aufgerufen. 1,1 Millionen Euro gingen damals als Spende an die ÖVP. Zufall, dass die erste türkis-blaue Regierung das Forderungspaket der Adler umsetzte?

Zurück in den Februar – Kurz und Schramböck versprachen den Tiroler Kapitalist*innen eine durchgehend unternehmerfreundliche Steuer- und

Subventionspolitik.

Am 23. Februar stoppen die österreichischen Behörden den Intercity Express von Venedig nach München, da in Verona zwei Passagiere den Zug zwecks COVID-19-Kontrolle verlassen hätten. Der Zug steht vier Stunden am Brenner. Auch ein zweiter Zug wird angehalten. Die Regierung Kurz setzt hier auch ein klares außenpolitisches Signal: mit den (vorübergehenden) Grenzsicherungen wird ausgelotet, wie man bestimmte „Grundwerte“ der EU aushebeln kann, die nicht im unmittelbaren Interesse der österreichischen Kapitalist*innen liegen.

Bereits am 25. Februar ist jedenfalls dem Bundeskanzler bekannt, dass die erkrankte italienische Staatsbürgerin im Innsbrucker Hotel Europa gearbeitet hat. Trotzdem wird propagandistisch ein

Einreisestopp für Personen aus Italien wird verhängt, die Unis werden geschlossen, Schulen sollen folgen. „Größere Veranstaltungen“ werden bis Anfang April untersagt, sowohl im Freien wie auch in geschlossenen Räumen. Soziale Kontakte sollen eingeschränkt und Hygienevorschriften beachtet werden.

Die politischen Konturen der Maßnahmen werden klar, als die Gewerkschaften vda und GPA-djp in vorausseilendem Gehorsam die Demonstration zur Unterstützung der Arbeiter*innen in der SWÖ (Sozialwirtschaft Österreich) absagen. Mit den Regierungsverordnungen, die von einer Dreifaltigkeit aus Kanzler, Innenminister Nehammer und Gesundheitsminister Anschober verkündet werden, ist de facto das Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit be-

Mit den Regierungsverordnungen, die von einer Dreifaltigkeit aus Kanzler, Innenminister Nehammer und Gesundheitsminister Anschober verkündet werden, ist de facto das Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit beseitigt.

Sperrfeuer gegen Italien, bis hin zu Grenzsperrungen und Grenzkontrollen begonnen. Obwohl sich die Berichte aus den skandinavischen Ländern, Island und dann auch aus München häufen, dass Ischgl ein Corona-Hotspot ist, werden diese Informationen nach wie vor heruntergespielt. Ein Signal an die „Adlerrunde“, kann man mutmaßen. Zwar wird am 12. März die Wintersaison in Tirol offiziell vorzeitig beendet, Aber erst am 19. März wird eine Quarantäne über Tirol verhängt, eine Woche lang wurde noch auf Sparflamme touristisch weiter abgezockt.

Mittlerweile wird der „Ischgl-Faktor“ europaweit evaluiert: in Hamburg werden zumindest 80 Fälle von Corona-Infektion geortet, die ihren Ursprung in Ischgl haben, in Norwegen sind es fast 500. Betroffen sind auch Dänemark und England. Zwei Tage zuvor erklärte der Gesundheitslandesrat Tilg im ORF-Interview trotzig: „Die Behörden haben alles richtig gemacht“.

Jetzt wird auch die Bundesregierung aktiv. Nachdem die Zahl der positiven Fälle steigt und in Italien die Todeszahlen unaufhörlich steigen, werden in Österreich drastische Maßnahmen im „Kampf gegen das Coronavirus“ präsentiert. Ein

seitigt.

Die Bundesregierung hebelt bei dieser Gelegenheit gleich eine wesentliche Bestimmung des Epidemiegesetzes aus, das für den Fall gesetzlich angeordneter Geschäftsschließungen eine Entschädigungspflicht nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Lohnabhängige vorgesehen hat. Wieder einmal werden „rasche und unbürokratische“ Hilfsmaßnahmen versprochen, die wie alle Maßnahmen von Blau-Schwarz, Blau-Türkis und nun Türkis-Grün keinen Rechtsanspruch begründen, sondern eher der freihändigen Almosenverteilung gleichen.

Ein erstes „Hilfspaket“, mit 4. Mrd. dotiert, muss schon bald aufgestockt werden. Denn der teilweise „Lockdown“ ab 16. März hat wenig überraschende Folgen: Kündigungen, Kurzarbeit – und einschneidende soziale Einschränkungen durch die (teilweise rechtswidrigen) Ausgangs- und Betretungsverbote.

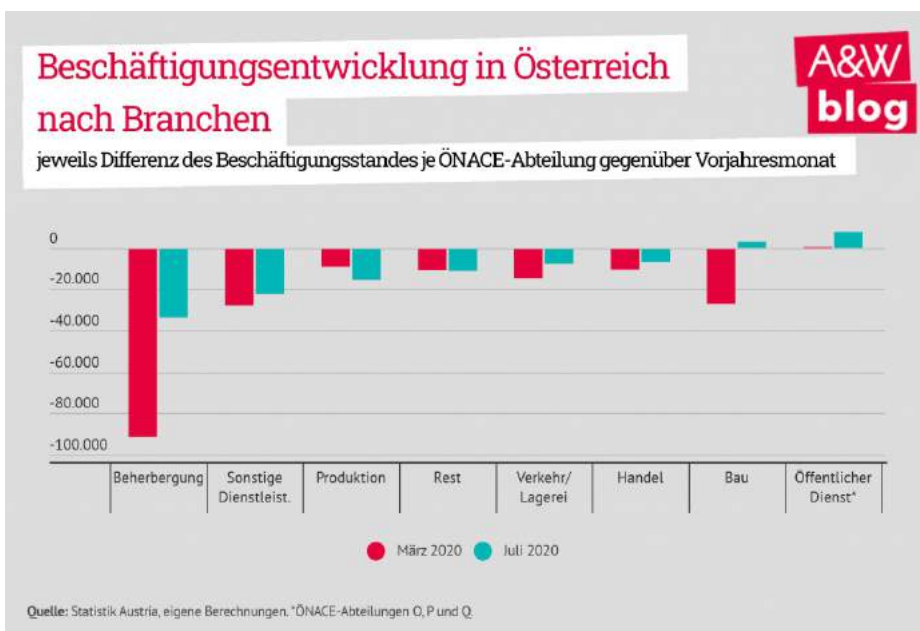
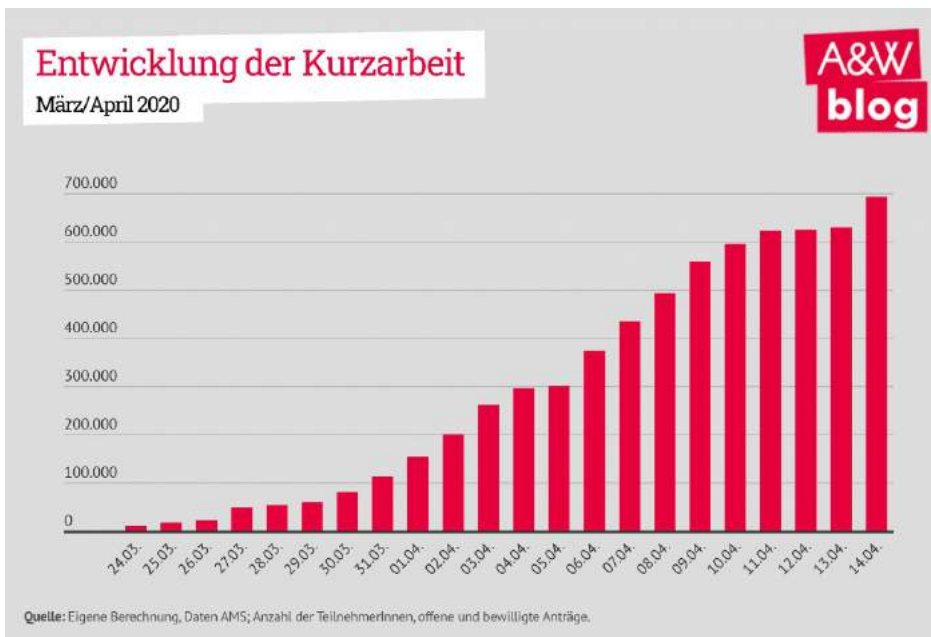
Gesundheitsmaßnahmen: konfus, autoritärer Kurs: kristallklar

Die Gruppe KLASSENKAMPF hat seit Jahren klar und unumwunden ausgesprochen, dass die „neue ÖVP“ einen signifikanten reaktionären Schwenk der wichtigsten bürgerlichen Partei in Österreich darstellt. Die offene Verachtung für die eigenen, bürgerlichen, Spielregeln der parlamentarischen Demokratie; der geradezu endemische Hass auf alles „Sozialistische“; unverhüllte Feindschaft gegen Migrant*innen, vor allem gegen Geflüchtete; Neubelebung eines kleinlichen, als „Patriotismus“ beschönigten Nationalismus. Die GRÜNEN, nach der Strache-FPÖ neuer Juniorpartner der Türkisen, traten in der Vergangenheit als Verfechter von Umweltschutz und Bürgerrechten an. In der Koalition sind sie zu Marionetten von Kurz & Co. verkommen.

Die Corona-Krise hat all diese Einschätzungen vollinhaltlich bestätigt. Und sie hat auch bekräftigt: Pandemien sind im Zeitalter des Imperialismus keine gottgewollten oder unvermeidlichen Schicksalsschläge, sie sind nicht die großen Gleichmacher der Geschichte, die alle gleichermaßen treffen. Krankheiten sind (auch) Klassenfragen.

Beim Agieren der österreichischen Regierung sind, wie bei einer Zwiebel, verschiedene Schalen freizulegen. Nur in ihrer Gesamtheit aber ergeben die unterschiedlichen Schichten ein vollständiges Bild. Nachdem die ersten Versuche zwischen Jänner und Ende Februar, die Gefahr herunterzuspielen, gescheitert sind, wird die Regierung panisch. Zwischen dem 27. Februar und dem 10. April gibt es 48 (!!!) Pressekonferenzen der Regierung. Im Zentrum der Bundeskanzler, flankiert von seinem treuen Prätorianer Karl Nehammer (Innenminister) und dem grünen Feigenblatt Rudolf Anschober (Gesundheitsminister).

Natürlich steht der geschäftsführende Ausschuss (vulgo Regierung) der heimischen Kapitalist*innen vor einer schwierigen Situation: Wie kann man eine Pandemie bekämpfen, die – egal, wie man im Kapitalismus agiert – zwangsläufig auf die Wirtschaft des Landes zurückschlägt? Durch das jahrzehntelange Predigen der Werte des „homo oeconomicus“ durch die Ideolog*innen der herrschenden Klasse („Jeder ist sich selbst der Nächste“, „Hilf Dir selbst, dann hilft Dir der Gott des Kapitalismus“) wird sicherheits halber darauf verzichtet, auf zwischenmenschliche Solidarität zu setzen.



Türkis-Grün setzt die Mittel ein, die eine reaktionäre Staatsmacht am besten beherrscht: Angst und Schrecken und staatlicher Zwang.

Bestimmte Methoden zur Eindämmung der Pandemie sind bekannt und basieren auf wissenschaftlichen Erkenntnissen (was nicht bedeutet, dass es keine wissenschaftlichen Kontroversen darüber geben kann). Das sind: Mund-Nasenschutz (besser wären medizinische Schutzmasken), Sicherheitsabstand zwischen Menschen und hygienische Schutzmaßnahmen (wie Hände waschen und der Einsatz von Desinfektionsmitteln).

Die Regierung, die entgegen ihrer Behauptungen keine Vorbeugemaßnahmen ergriffen hat, greift panisch nach jedem möglichen Strohalm. Das zynische Ziel

ist: Menschenleben heißt Arbeitskräfte retten heißt Kapitalismus retten.

Also kommen in schneller Folge alarmierende Äußerungen des Bundeskanzlers: Bald werde jede Familie einen Toten zu beklagen haben, jeder werde ein Corona-Opfer kennen. Gesetze und Verordnungen werden durchs Parlament gewunken oder auf dem Erlassweg in Kraft gesetzt. Sie greifen tief in die verfassungsmäßigen Rechte ein und führen faktisch zu Ausgangssperren und Versammlungs- und Demonstrationsverbot.

Der Innenminister nennt alle „Gefährder“, die gegen die proklamierten Maßnahmen verstoßen – und die Regierung weitet stillschweigend die Polizeibefugnisse aus.

In der Krise zeigt sich: Das Parlament ist bloß eine dünne Tünche für die wahre

Macht im bürgerlichen Klassenstaat. Kurz gefällt sich in der Rolle des kleinen Bonaparte, Gesetze, über die das Parlament beschließen müsste, werden in der Öffentlichkeit aus dem Mund des aalglatten Jungstars der Bourgeoisie verkündet.

Im April dringen Protokolle der „Corona-Taskforce“ des Bundeskanzlers an die Öffentlichkeit, in denen es heißt: "Kurz verdeutlicht, dass die Menschen vor einer Ansteckung Angst haben sollen bzw. Angst davor, dass Eltern/Großeltern sterben. Hingegen sei die Angst vor der Lebensmittelknappheit, Stromausfälle etc. der Bevölkerung zu nehmen."

Ab dem 16. März gilt der „Lockdown“ in Österreich (viele der in den entsprechenden Verordnungen geregelten Verbote werden später vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben). Neben einer faktischen Ausgangssperre „außer in einigen Fällen“ (darüber wurden Menschen mit Migrationshintergrund teilweise bewusst falsch informiert) und der Schließung von Gastronomiebetrieben wird in erster Linie der Handel (mit Ausnahme des Lebensmittelhandels, der Apotheken etc.) eingeschränkt.

Die Folge ist eine Explosion der Arbeitslosen- und Kurzarbeiter*innenzahlen:

Der „Lockdown“ war allerdings keineswegs so vollständig, wie er propagiert wurde. Industrielle Schlüsselbetriebe führen zwar mit einem geringeren Beschäftigtenstand, auch die Handelsketten konnten reduziert, aber doch, weitermachen. Auch der gerade in der Krise besonders wichtige Sozialsektor arbeitete weiter. Kurz lobte die „Held*innen der Arbeit“ – außer schönen Worten gab es aber nichts für die mehrheitlich weiblichen Beschäftigten in diesen Sparten, die noch dazu unter der Belastung durch „home schooling“ und das faktische Eingesperrtsein (außer, um zu hackeln) litten.

Während des Lockdown machten Polizist*innen mit großem Vergnügen von ihren erweiterten Rechten Gebrauch: da wurden „Gefährder*innen“ abgestraft, weil sie angeblich im Freien zu nahe beieinander gesessen oder gestanden waren, in Vorarlberg lösten sich gar Schüsse, weil Wanderer angeblich den Sicherheitsabstand nicht einhielten – na, wenn der Herr Ressortminister schon auf die „Gefährder*innen“ schimpft...

Pandemien sind Klassenfragen

So, wie COVID-19 ein Produkt der imperialistischen Profitgier ist, sind auch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie je nach Klassenperspektive unterschiedlich zu betrachten. Wenn man von einem unbestreitbaren wissenschaftlichen Konsens ausgeht – etwa der Einhaltung von grundlegenden Hygienemaßnahmen, der Wahrung eines Mindestabstands zu anderen Personen, Quarantäne im Falle des Kontakts zu erkrankten Personen etc., der raschen Feststellung, ob eine Infektion vorliegt – erkennt man auf einen Blick: Vorbeugung können sich nicht alle leisten. Konkret: Lohnabhängige, prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Alleinerziehende, die „sozial Schwachen“ also haben keine wirklichen Chancen.

Frau Horten auf ihrer Yacht oder Herr Benko in seiner Palaiswohnung können sich leicht „sozial distanzieren“ (was sie eigentlich immer tun!), weil sie genug Auslauf und Personal haben, das sich um die Aufrechterhaltung der Abläufe des Alltags kümmert. Alleinerziehende Eltern in einer Großstadt mit einer 40 Quadratmeter Wohnung tun sich da schon schwerer. Kinder und Eltern leiden, vor allem im urbanen Bereich, besonders unter den von oben per Zwang angeordneten Maßnahmen.

Eine Regierung, die sich bewusst zur Sprecherin der Besitzenden und Privilegierten macht, hat keine anderen Fantasien zur Krisenbekämpfung als Notstandsmaßnahmen, Ausgangssperren, Polizeityrannie. Die Gesellschaft, für die wir eintreten – zunächst eine sozialistische, dann eine klassenlose – würde mit solchen Pandemien anders fertig werden, weil sie auf anderen Voraussetzungen beruht. Zu den ersten Aufgaben einer Arbeiter*innenregierung würde etwa die Beseitigung der Wohnungsnot durch die Enteignung spekulativen Immobilienbesitzes gehören; damit ließe sich die Lebensqualität der Mieter*innen sofort deutlich verbessern. Eine nicht-kapitalistische Gesellschaft würde einen anderen Wertekodex zur Basis haben: solidarisches, gemeinsames Handeln. Die gegenseitige Unterstützung und Hilfe auch bei „kleinen Alltagsdingen“ würde auch

schwerwiegende gesundheitliche Notlagen zumindest lindern und die psychischen Folgen gering halten können. Ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem für alle würde ebenso Wirkung zeigen wie eine andere Bildungspolitik, die nicht Lehrer*innen zu Wissensvermittler*innen im Dienst des Kapitals und Schüler*innen zu Empfänger*innen rein zweckgerichteten Wissens macht. Und natürlich würde die perspektivische Beseitigung der Lohnarbeit – in einer ersten Phase durch eine massive Arbeitszeitverkürzung – und die Schaffung kostenloser, flächendeckender Kinderbetreuungseinrichtungen für alle, die sie in Anspruch nehmen wollen, sowohl die Möglichkeiten zur Heilung wie die der sinnvollen Nutzung von erzwungener Freizeit gewährleisten.

Das sind keine unbewiesenen Annahmen oder utopische Behauptungen. Die erste siegreiche sozialistische Revolution des 20. Jahrhunderts fand 1917 im durch den Ersten Weltkrieg und die kulturell und sozial rückständigen Verhältnisse im Zarenreich in Russland statt. Der Krieg tobte nach wie vor, weltweit wütete die Spanische Grippe, und im revolutionären Russland breitete sich eine Typhusepidemie aus.

Die bolschewistische (kommunistische) Partei und ihr international angesehenster Vertreter Wladimir Iljtsch Lenin führten nicht nur einen aufopfernden Kampf für die Stabilisierung der politischen Macht des Proletariats – sie wurden zugleich Vorkämpfer eines neuen, der arbeitenden Bevölkerung dienenden Gesundheitswesens und einer „sozialistischen Seuchenbekämpfung“.

Ende Dezember 1919 erklärte Lenin am VII. Gesamtrussischen Rätekongress:

„Man kann sich gar keine Vorstellung machen von den entsetzlichen Zuständen in den vom Flecktyphus betroffenen Gegenden, wo die Bevölkerung entkräftet, geschwächt, aller materiellen Mittel bar ist, wo jedes Leben, jede öffentliche Betätigung daniederliegt. Da sagen wir: 'Genossen, schenkt dieser Frage die größte Aufmerksamkeit. Entweder besiegen die Läuse den Sozialismus, oder der Sozialismus besiegt die Läuse!'“ (Lenin Werke, Bd. 30, S. 217)

Seriöse Wissenschaftsjournalist*innen und Mediziner*innen zollen bis heute

den Fortschritten des revolutionären Russland auf dem Gebiet der Epidemiebekämpfung Respekt. So schreibt Laura Spinney in ihrem Standardwerk „1918 – die Welt im Fieber“:

„Lenin erkannte, dass die Medizin nicht nur eine biologische und experimentelle, sondern auch eine soziologische Komponente haben musste, und es geschah um diesen Zeitpunkt herum, dass die Epidemiologie – jene wissenschaftliche Disziplin, die sich mit der Verbreitung, den Ursachen und Folgen von Krankheiten befasst und den Eckpfeiler unseres modernen Gesundheitswesens bildet – als Wissenschaft anerkannt wurde.“ (Spinney, Die Welt im Fieber)

Auf Drängen Lenins wurde eine „außerordentliche Zentralkommission“ zur Bekämpfung von Epidemien eingerichtet, vor allem gegen die Spanische Grippe, Cholera und Typhus. Gleichzeitig begann der junge Rätestaat mit der Erforschung, Behandlung und Prophylaxe von sozial bestimmten Krankheiten wie Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten.

Kapitalistische Lösung unmöglich

Wenn Kurz von einer „Neuen Normalität“ spricht, ist das eine gefährliche Drohung. Die „Neue Normalität“ wird der alte Kapitalismus sein, verschärft durch eine immens gewachsene „industrielle Reservearmee“. bzw. allgemein: durch Lohnarbeiter*innen auf Kurzarbeit oder in der Arbeitslosigkeit, verstärkt durch bankrott gehende EPU und KMU. Die Zahl der erwerbslosen Werktätigen wird sich so um tausende endgültig zum Proletariat herabgestürzte Kleinbürger*innen vergrößern.

Dass in dieser Situation die türkisen Statthalter ihren Hass auf die Arbeiter*innenorganisationen zwangsläufig zügeln müssen, ist für sie bitter. Sie können aber nicht riskieren, dass mitten in einer Wirtschaftskrise soziale Unruhen losbrechen. Wieder einmal muss die „Sozialpartnerschaft“ erhalten, um die Massen zu besänftigen und die den Kapitalismus stabilisierenden Maßnahmen der Regierung „ins Proletarische“ übersetzen.

Mit unerhörter Hast haben die (sozialdemokratischen) Gewerkschaftsfüh-

rer*innen beim bekannten Spiel „Machen wir einen nationalen Schulterschluss!“ mitgespielt. Während des Lockdown haben sie, trotz gegenteiliger Beschlüsse der Belegschaften in der Sozialwirtschaft, einen Kollektivvertrag unterschrieben, der ein Hohn für die „Held*innen“ der Arbeit war. Ein perfider Fußtritt statt Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und deutlich erhöhten Bezügen.

Vollends zur Farce verkommen sind die Kollektivvertragsverhandlungen bei den Metallern. Eine Sitzung von eineinhalb Stunden, und schon einigte man sich auf 1,45 % Lohnerhöhung. Besonderes Zuckerl: Eine „einmalige freiwillige Prämie“ wird gnadenhalber an die „Held*inenn der Arbeit“ ausgeschüttet. Angeblich.

So, wie von den großspurigen 40 Milliarden Krisenhilfe der Regierung bei den bedürftigsten Schichten der Bevölkerung kaum was angekommen ist, die Banken aber über Kreditgarantien jubeln können und fleißig bei türkis lobbyierende Hoteliers artig die Hand aufhalten, wird erst die Praxis zeigen, wie „dankbar“ die Kapitalist*innen wirklich sind. Vielleicht etwa so wie die kultivierte Swarovski-Familie, die ihre Mitarbeiter*innen mittels Großbildschirminserts kündigte? „Unfassbare Methoden bei Swarovski! MitarbeiterIn-

nen sind via Groß-Bildschirme über ihre eigene Kündigung informiert worden. Die Namen derjenigen, die bleiben können, standen in einem grünen Feld, die, die gehen müssen, in einem roten Feld“, twitterte der ÖGB Tirol.

Die nächsten Monate werden durch neue, scharfe Angriffe auf die Werktagen geprägt sein, wobei sich die Kapitalist*innen und ihre Regierung auf die „Sachzwänge“ der Corona-Krise herausreden werden wollen.

Keine Abwälzung der Krisenkosten auf die Werkstätigen!

Die dringendsten Sofortmaßnahmen sind:

- Für ein kostenloses, flächendeckendes Gesundheitssystem auf höchstmöglichem Niveau!
- Enteignung der Pharmakonzerne unter Arbeiter*innenkontrolle, Forschung nach neuen Medikamenten gegen COVID-19 ohne Rücksicht auf Profitinteressen.

- Statt noch mehr Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit – sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 25 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich!

- Sofortige Erhöhung des Arbeitslosengelds auf 1.600,- EUR (das derzeitige durchschnittliche Arbeitslosengeld liegt bei 806 [!] EUR.

- Beschlagnahme leerstehenden Wohnraums und leerstehender Immobilien, Verteilung der Wohnfläche auf besonders bedürftige Personengruppen! Insbesondere Wohnraum für Frauen, die Opfer sexueller oder häuslicher Gewalt geworden sind!

- Schluss mit jeder nationalistischen Hetze – für internationale Solidarität in Schulen, Universitäten, Betrieben! Selbstverteidigungsverbände gegen Faschist*innen und Repressionskräfte!

Der Kapitalismus bringt immer neue Krisen hervor, und er nimmt eher die Vernichtung der Menschheit in Kauf, als freiwillig abzutreten. Dieses in jeder Hinsicht kranke System gehört beseitigt. Dazu brauchen wir eine revolutionäre Partei, die radikal mit dem Kapitalismus Schluss macht und internationalistisch handelt – im Bündnis mit den revolutionären Arbeiter*innen weltweit.

Die Gruppe KLASSENKAMPF im Internet: www.klassenkampf.net

Kontakt:
gruppeklassenkampf@tutanota.com

Jeden zweiten Dienstag treffen wir uns zum ROTEN TISCH, um in lockerer Atmosphäre mit interessierten Genoss*innen über aktuelle politische Themen zu diskutieren.
Ort und Zeit findet ihr immer auf unserer Homepage.

Während der Corona-Pandemie verlegen wir unsere Treffen gegebenenfalls in den Cyberspace. Wir verwenden dazu die quelloffene Lösung Jitsi, für die keine Programme auf dem PC installiert werden müssen!

IMPRESSUM:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Gruppe Klassenkampf. Druckort: Wien. Offenlegung nach §25 Mediengesetz: 100%-Eigentümer der periodischen Druckschrift KLASSENKAMPF ist die im Parteienverzeichnis registrierte politische Partei GRUPPE KLASSENKAMPF (früher: Trotzistische Gruppe Österreichs/TGÖ). Die Partei ist an keinen anderen Medienunternehmen finanziell beteiligt.

Bildung zu Coronazeiten

Der breite Wirkungsbereich von Bildung zeigt sich gerade in einer gesellschaftlichen und gesundheitlichen Krise, wie wir sie derzeit durchleben. Ein professionelles pädagogisches Betreuungsangebot weit vor der schulischen Bildung ist für viele berufstätige Eltern unabdingbar. Schon im Kindergarten lernen die Kleinen den sozialen Umgang mit ihresgleichen unter kundiger Aufsicht und bekommen adäquate Unterstützung bei ihrer Entwicklung. In ihrer schulischen Laufbahn sollen sie das Rüstzeug für ihr weiteres Leben in möglichst großer Breite und Tiefe erlangen.

Diese mehr oder weniger gut eingespielte Routine ist mit einem Schlag weg. Unsicherheit macht sich auf weiter Front breit. Die Schüler*innen werden Opfer dieser Ungewissheit. Da sind einmal die Lehrer*innen, die oft wegen ihres Alters selbst zur Risikogruppe zählen, und sich im Umgang mit bestimmten Situationen im Stich gelassen fühlen: wann ist ein*e Schüler*in ein Risikofall? Muss getestet werden? Wer veranlasst eine Testung? Was bedeutet das für die Schülerin oder den Schüler, für die Klasse, für die Schule? Die medizinische Kompetenz darf und muss sich keine Lehrerin und Lehrer ohne entsprechende Ausbildung zumuten, hierzu ist professionelle Unterstützung zu geben. Dazu sollte zum einen die Direktion die organisatorische Stütze sein und der Schularzt oder die Schulärztin die fachlichen Fragen beantworten können. Darüber hinaus werden die Rahmenbedingungen aber von den Ministerien und weiteren zuständigen Behörden vorgegeben. Wenn dann ein Bildungsminister Faßmann meint, der Minoritenplatz, Sitz seines Ministeriums, kann nicht alles regeln, hat er natürlich recht. Nur, darum geht es nicht: der Rahmen muss klar erkennbar sein, und hier beginnt das System zu wackeln. Viele Unterschiede zermürben alle Beteiligten. Als besonderes Kunststück ist es gelungen, ein dermaßen bekanntes wie bewährtes System wie eine Ampel so zu präsentieren, dass sie nicht mehr zur Orientierung geeignet ist. Nicht wegen der vier statt der sonst im Verkehr üblichen drei Farben, sondern weil die Farben unterschiedliche Bedeutungen (in und außerhalb der Schule) haben, bzw. deren Bedeutung angepasst wird - an was eigentlich?

Wenn es also zu einem Distance Learning von Klassen oder ganzen Schulen kommt, bedeutet das vor allem bei kleineren Schüler*innen vermehrten Betreuungsbedarf durch das familiäre Umfeld. Eltern müssen zu Hause bleiben oder anderweitig für Aufsicht sorgen. Gibt es größere Geschwister, kommen diese oft zum Zug, obwohl sie ja selbst dem Unterricht zu Hause folgen sollten. Bei Migrant*innenfamilien kann noch als zusätzliche Belastung für die Schüler*innen bei fehlender Integration der Eltern generation ihre Funktion als Schnittstelle zur Umwelt dazu kommen. Generell sind alleine die Möglichkeiten der Unterstützung beim Lernen durch sogenannte bildungsferne Schichten oft schlicht nicht gegeben. Dazu kommen noch grundlegende Fragen für den Fernunterricht wie: Sind die Mittel dazu vorhanden, sind die räumliche Umgebung und der zeitliche Freiraum gewährleistet? Hier sind klare Schwachstellen mit sozialer und wirtschaftlicher Komponente nachweisbar und ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft unaufhaltsam. Auch wenn viele Lehrer*innen dem entgegenzuarbeiten versuchen, sind Schüler*innen oft einfach überfordert oder gar nicht mehr zu erreichen.

Durch die weitreichenden Folgen der Corona-Pandemie und der emotionalen Bewertung wird wegen einer infektiösen Krankheit Druck auf die Gesellschaft aufgebaut, der für viele ein nie dagewesenes Ausmaß an Einschränkungen mit sich bringt. Stellen Sie sich vor, Ihr Kind erkrankt - die Schuldfrage ist hier völlig irrelevant. Als Folge muss die Klasse oder gar die Schule ihre Schüler*innen nach Hause schicken. Alle diese Schüler*innen

brauchen dort Betreuung, ein Elternteil kann nicht zur Arbeit gehen, oder ist schon in Home-Office und kann sich dadurch nur begrenzt der eigentlichen Arbeit widmen. Das wiederum führt zur Angst um den Arbeitsplatz, zur Existenzangst. Diesem Druck muss man erst einmal widerstehen können!

Zu der wirtschaftlichen Krise, deren Intensität keineswegs durch Corona begründet werden kann, kommt eine zutiefst gesellschaftliche, die uns die Fragilität unseres Zusammenlebens ungeschminkt vor Augen führt. Das führt in seiner Gesamtheit oft zu einer existenziellen Krise und den damit verbundenen Ängsten, deren Auswirkungen noch nicht absehbar sind. Hier ist auch keine Lösung in Sicht: bewährte wissenschaftliche Methoden werden über den Haufen geworfen, politische Handlungsweisen auf Stimmengewinn getrimmt, anstatt auf das Ziel der Überwindung der Krankheit und der damit verbundenen Unsicherheit sowie auf die Schaffung gleichwertiger Voraussetzungen hin zu arbeiten.

Wenn man der Frage nachgeht, warum das so ist, wird man früher oder später bei den gesellschaftlichen Verhältnissen landen. Mensch wird erkennen müssen, dass hier fundamentale Defizite schonungslos aufgezeigt werden. Um also diese Krisen zu überwinden, braucht es eine gesellschaftliche Transformation, welche in der Selbstbestimmung der Menschen vor Ort beginnt und zu wirklich demokratischen Vertretungen bis zum globalen Maßstab führt. Als Grundvoraussetzung hierzu gilt es, das Eigentum an den Produktionsmitteln der Gesellschaft zu übertragen und somit die Verteilung des Reichtums an die Erfordernisse der Menschen zu knüpfen. Damit das gelingt, ist Bildung ein zentraler Faktor, denn auch wenn das Gefühl für diese Notwendigkeit vorhanden ist, ist ihre Umsetzung nicht trivial und kann mit rationalen Argumenten untermauert und begründet werden.



Kapitalismus am Ende? Nicht freiwillig!

Die Medien sind voll mit Schlagzeilen und Berichten darüber, dass sich Österreich, die EU, ja die ganze Welt in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit 1945 befänden.

Als Schuldiger dafür wird einwandfrei das Corona-Virus identifiziert und damit tritt uns ein unsichtbarer Gegner gegenüber, der nicht anders als mit „Höhere Gewalt“ bezeichnet werden muss und daher das gesamte ins Wanken geratende Wirtschaftssystem also unverschuldet dorthin kam, wo es nun steht. Und wenn wir schon bei unsichtbar sind: dass ein wesentlicher Protagonist des Kapitalismus, die unsichtbare Hand des Marktes, gerade in der Krisensituation sein völliges Versagen offenbart hat, sei hier nur der Vollständigkeit wegen erwähnt (mangels Versicherung keine Behandlung von sterbenskranken in den USA und anderswo, Engpässe und extreme Verteuerung von Schutzmasken, Medikamenten und ein Wettlauf um Impfstoffe, wo unglaublicher Profit von Konzernen gemacht werden wird, eine gerechte Verteilung allerdings nicht stattfinden wird).

Aber ist es überhaupt zutreffend, dass hier ein üblicherweise einwandfrei funktionierendes System plötzlich und unverschuldet in eine Krise, in eine Depression gestoßen wird?

Der Kapitalismus wird immer wieder von Krisen geprägt, so auch aktuell. Wenngleich vielfach von einer Krise geschrieben wird, die nur durch Corona und die damit verbundenen Epidemie-Schutzmaßnahmen zusammenhängt, wurde die Wirtschaftskrise auch von bürgerlichen Wissenschaftler*innen bereits im vergangenen Jahr vorhergesagt. Das hängt damit zusammen, dass die kapitalistische Produktionsweise von Zyklen geprägt ist, die man anhand von Daten relativ sicher prognostizieren kann. Die Krise ist eine der Phasen, die den Kreislauf der kapitalistischen Entwicklung mitprägen, somit zu seiner Natur gehören und immer wiederkehren.

Und so war es auch jüngst und schon vor „Corona“. Dies zeigt sich auch in den

Wirtschaftszahlen. In der aktuellen Phase der Krise hat der Corona-Ausbruch mit all seinen Konsequenzen für das gesellschaftliche und ökonomische Leben als eine Art Brandbeschleuniger gewirkt.

Von den diversen Wirtschaftsinstituten wurde bereits 2019 schwächeres Wirtschaftswachstum für 2020 in Österreich, Europa und weltweit prognostiziert.

All diese negativen Entwicklungen sind klassische Symptome von regelmäßig auftretenden Krisen des Kapitalismus.

se Überakkumulation führte zu einer vermehrten spekulativen Veranlagung überschüssigen Kapitals auf den Finanzmärkten. Man entzog das überflüssige Kapital so scheinbar der Produktionssphäre. Aber irgendwann platzt die entstandene Spekulationsblase, was dann zu Krisen mit den real spürbaren Konsequenzen der Arbeiterklasse führt.

Produkte finden vor der Krise und verschärft während dieser also keinen ausreichenden Absatz. Deswegen werden Fabriken heruntergefahren, um geringeren Profiten entgegenzuwirken. Es kommt aber auch zur Waren- und Kapitalvernichtung, immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte verlieren ihre

Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.

Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, 1848

Kennzeichnend für Krisen - bis hin zur Depression - ist, dass die Produktion im Wesentlichen auf der Stelle tritt. Unsicherheit und Ungewissheit über die künftige Entwicklung veranlassen die meisten Kapitalisten dazu, ihre Produktion nicht oder nur zögernd zu erweitern. Somit wächst die Zahl der Arbeitslosen sowie jene der Werkstätigen in Kurzarbeit, mit allen schwerwiegenden Folgen für diese, die von finanziellen Aspekten bis hin zu psychischen und schließlich auch physischen Belastungen führen. Dies hat auch einen Rückgang des individuellen Konsums zufolge, wodurch sich die Krise tendenziell verschärft.

In lebendiger Erinnerung ist auch noch die Wirtschaftskrise ab 2007, bei der es sich um eine Überproduktionskrise handelte, welche durch eine permanente Überakkumulation verschärft wurde. Die-

Anstellung und/oder müssen in Kurzarbeit.

Die derzeitige Situation und den Krisenmodus, in dem sich auch die Regierungen befinden, nutzen die kapitalistischen Player und Profiteure: viele Konzerne sichern sich im Zusammenhang mit den rückläufigen Zahlen staatliche Hilfen, um ihre Profite und deren Ausschüttung zu sichern, während sie Sparpakete, die vor allem auf Kosten der Beschäftigten gehen, schnüren oder Entlassungen oder Standortschließungen planen. Das führt wiederum zur Vergrößerung des Reserveheers an Arbeitslosen und gibt ihnen die Möglichkeit, den Druck sich am Arbeitsmarkt so billig wie möglich verkaufen zu müssen, hoch zu halten.

Besonders erwähnenswert unter den schamlosen Profiteuren sind hier das Flugunternehmen AUA oder der

Schmuckhersteller Swarovsky.

Während also Dividenden und Boni weiterhin an die Kapitalisten ausbezahlt werden, zahlt die Klasse der Arbeiter*innen schon jetzt die Zeche: über Lohnverlust im Zuge der Kurzarbeit, max. 90% des bisherigen Gehalts, als Arbeitslose, die mit einer Nettoersatzrate von 55% das Auskommen finden müssen, oder als noch in Beschäftigung befindliche, die bei Gehaltsverhandlungen mit der Keule der hohen Arbeitslosenzahlen bedroht werden.

Und die heimische Politik?

Pamela Rendi-Wagner, SPÖ-Chefin, hat mit einem letzten Instinkt der Vorsitzenden einer bürgerlichen Arbeiter*innenpartei erkannt, dass es in einer Situation, wo sich die internationalen und nationalen Industriekapitäne und das Finanzkapital an die „Bereinigung“ ihrer Konzerne von zu wenig profitablen Betriebe machen und noch rasch öffentliches Geld mitnehmen wollen, notwendig ist zumindest ein politisches Signal zu senden. Daher hat sie sich mit den Betriebsräten von betroffenen Industrieunternehmen, wie ATB, MAN Steyr und Mayr-Melnhof zusammengesetzt und danach gemeinsam mit diesen ein Pressestatement abgegeben.

Darin wurden von Solidarität, vom Zuhören und gedanklichem Austausch gesprochen – politische Forderung? „ein überparteilicher Schulterchluss, um heimische Arbeitsplätze zu retten...“

Echt jetzt??? Dass die SPÖ und die Gewerkschaft nach wie vor die von den Türken in den letzten Jahren höhnisch zertretene Sozialpartnerschaft als das Wundermittel betrachtet, um den heimischen Kapitalismus zu zähmen ist einfach nur noch drollig. Und passend dazu kamen die Scheinverhandlungen der Metaller-Gewerkschaft mit der Industrie, die geradezu einer Kapitulation der organisierten Arbeiterbürokratie gegenüber dem Kapital gleichkamen.

Dabei wäre gerade bei der erwähnten Pressekonferenz ein Schulbeispiel für die Anwendung der Inhalte des „Übergangsprogramms“ von Leo Trotzki aus 1938 zu finden gewesen. Der Betriebsratsvorsitzende von `Mayr-Melnhof Karton` in Hirschwang kritisierte nämlich in der Pressekonferenz die völlig unverständliche Schließung des Betriebes mit Jahresende, obwohl dieser im Jahr 2018 das konzerninterne „Werk des Jahres“ war

und laufend Ertrags-Rekorde erziele.

Für Trotzki war die Verstaatlichung unter Arbeiter*innenkontrolle ein zentrales Element im Erkämpfen der Arbeiter*innenmacht. Im berühmten „Übergangsprogramm“, dem Gründungsdokument der Vierten Internationale, legt er das in den Abschnitten zu Fabrikkomitees, Arbeiter*innenkontrolle und schließlich zur Enteignung „bestimmter Gruppen von Kapitalist*innen“ dar.

Er unterscheidet dabei zwischen Arbeiter*innenkontrolle und Vergesellschaftung. In Besetzungstreiks können Arbeiter*innen Fabrikkomitees errichten und die Arbeitsbedingungen verändern. Sie übernehmen Kontrolle darüber, wie produziert wird. Das bedeutet eine echte, unversöhnliche Doppelherrschaft im Betrieb, zwischen bürgerlichem und proletarischem Regime. Die Hauptaufgabe der Fabrikkomitees ist für Trotzki aber nicht eine angenehmere Arbeitssituation im Betrieb, sondern ein Generalstab für den Kampf um die Macht.

Für Trotzki beginnt der Kampf um die Macht mit der gesellschaftlichen Kontrolle über den Reichtum der kapitalistischen Gesellschaft, also über die Firmen. Und es müssen die Arbeiter*innen (und Arbeitslosen) sein, die Einblick in die sonst geheimen Geschäftsbücher nehmen, Alternativpläne umsetzen.

Diese Art von Forderungen wären auf einer Pressekonferenz einer Arbeiter*innenpartei zu erwarten, mindestens aber die Drohung, dass es in den Reihen der Belegschaft starke Tendenzen gibt, die Produktion zu übernehmen und den Betrieb nicht kampflos aus der Hand zu geben. Eine solche Aktion würde in letzter Konsequenz den staatlichen Repressionsapparat im Dienste des Kapitals auf den Plan rufen und der Arbeiterklasse als Ganzes vor Augen führen, in welchem Kampf sie hier steht und wer der Feind ist, nämlich eine Kapitalistenklasse, die um ihres Profites willen den Arbeiter*innen nicht einmal die eigene Reproduktionsmöglichkeit lassen möchte.

Es gibt auch historische Beispiele, wie Fabriksbesetzungen in Griechenland und Argentinien, wo Arbeiter*innen den Arbeitsprozess übernommen haben und ihn dann auch gemeinsam umgestaltet haben. Sie haben entschieden, wie produziert wird. Dieser internationale Erfahrungsschatz der Arbeiter*innenbewegung sollte als Moti-

vation herangezogen werden, um zu sehen, dass das Kapital mit Solidarität und Kampfsgeist angreifbar ist

Die SPÖ belässt es aber dabei den mit Parteispenden vom Kapital gekauften, türkisen Kanzler Sebastian Kurz für seine Empathielosigkeit zu kritisieren ohne die grundlegende Klassenfrage zu stellen.

Von der ÖVP als der zentralen politischen Kraft der Bourgeoisie ist nichts zu erwarten, was den Werkstätigen nützt, jede Hoffnung auf einen Klassenausgleich im Rahmen einer Sozialpartnerschaft ist Illusion.

Und im internationalen Massstab: wenn es nach der EU und der EZB, nach den nationalen Regierungen der Euro-Zone und ihren monopol- und finanzkapitalistischen Auftraggebern geht, dann sollen die Arbeiterklasse und Völker wiederum die Rechnung für die Krise zahlen. Sie sind es, mit deren ausgebeuteter Arbeitskraft und mit deren Steuergeldern das Kapital gefüttert wird, sie sind es, für die die Krise Arbeitslosigkeit, Lohndruck, prekäre soziale Verhältnisse und für manche auch offene Armut bedeuten wird. Ein Wirtschaftssystem, das gesetzmäßig Krisen hervorbringt, sollte wohl nicht gerettet, sondern überwunden und durch ein besseres ersetzt werden.

Nehmen wir unser Schicksal in die Hand und revoltieren gegen die bestehenden Verhältnisse, lassen wir uns nicht von den Ketten der Besitzenden und ihres verfassungsmäßig geheiligten Eigentumbegriffes fesseln, sondern schieben wir diese ideologischen Überbauelemente beiseite, indem wir ein neues Sein in die Wirklichkeit bringen!

Diskussion mit einem Leser vor der Wiener Gemeinderatswahl

Vorbemerkung:

Vor dem 11. Oktober 2020 hatten alle Genossen der GKK in unterschiedlicher Intensität Diskussionen über die Wiener Gemeinderatswahlen und unsere Position geführt. Dabei reichte das Spektrum vom Wahlboykott über SPÖ- oder LINKS-Wahlen bis hin zu letzten Verfechter*innen von Illusionen in die Grünen.

Wir dokumentieren im Folgenden auszugsweise eine schriftliche Diskussion, die ein Genosse der GKK als Privatperson mit einem langjährig aktiven Genossen aus der Wiener Linken geführt hat. Aus verständlichen Gründen veröffentlichen wir nur die Passagen, in denen es um die Wahlfrage geht.

Die Redaktion

Aus einem Mail des Genossen W.

„In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, dass wir uns kurz (schreckliches Wort!) darüber austauschen, wie mensch mit der Wien-Wahl umgehen soll: Ich tendiere dazu, LINKS zu wählen;

gleichzeitig weiß ich natürlich, dass Wählen in diesem System sowieso kaum was ändert; und rund um

mich bin ich von Menschen "bedrängt", die finden, dass ich grün wählen sollte.

Wie geht es Dir damit so? Was meinst Du?“

keine wirklich revolutionäre (propagandistische) Kandidatur gibt.

Heißt, im Ausschlussverfahren: die bürgerlichen Parteien (türkise ÖVP, braun-blaue FPÖ, braun-blaue Strache-Partie, pinke NEOS) sind für uns schon einmal prinzipiell nicht wählbar, weil wir traditionell für die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie sind (siehe dazu: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848 ;-)

Aus der Antwort des Genossen Georg

Lieber Genosse,

ich glaube, lange Erörterungen über die kommunistische Wahltaktik können wir uns beide sparen. Das Verhalten zu Wahlen im Kapitalismus ist eben immer eine taktische Frage.

Die Organisation, der ich angehöre (auch international), steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampf. D.h., wir sehen, dass sich nach wie vor zwei Hauptklassen gegenüberstehen, und deren Auseinandersetzungen sind letztlich für den weiteren Verlauf der Menschheitsgeschichte entscheidend. Wir haben natürlich nicht diesen stalinistischen „Edelproletarierbegriff“

anzubieten - zur Arbeiterklasse gehören natürlich auch Lehrer*innen, prekariert Beschäftigte, viele EPU's etc.

Daher verwenden wir die Begriffe "Links" und "Rechts" sehr sparsam, weil diese (aus der bürgerlichen Revolution von 1789 stammenden Bezeichnungen) dadurch ihren Sinn verloren haben, weil sich das "politische Koordinatensystem" laufend verändert. Wo ist der Nullpunkt, der darüber entscheidet, was links und was rechts davon zu finden ist? D.h., wir legen an Parteien, Regierungen, den Staat und seine Institutionen den Maßstab der Klasse an.

So, und jetzt endlich zu den Wahlen:

Solange es Parteien gibt, die in welcher Form auch immer historisch in der Arbeiterklasse verankert sind, sind die für uns auf jeden Fall wählbar, wenn es

Klassencharakter der Grünen

Die Grünen haben von der Verwirrung durch die links-rechts-Terminologie lange profitieren können. Entstanden aus der ersten massiven Umweltbewegung der 2. Republik (gegen Zwentendorf), dann gegen die Zerstörung der Stopfenreuther Au, war die grüne Bewegung von Haus aus eine in erster Linie kleinbürgerlich geprägte Bewegung: Studierende, Intellektuelle aus dem urbanen Raum, Kleinbauern und -bäuerinnen... „Linke“ Organisationen, sowohl mao-stalinistischer als auch „trozkistischer“ Provenienz wie Teile der GRM, haben versucht, diese Bewegung zu "revolutionieren". Im Endeffekt wurden sie vom kleinbürgerlichen Milieu

aufgesogen.

Das grüne Partei Umfeld hat sich sehr lange als „fortschrittlich“ verstehen können, weil sie die einzige politische Kraft trugen, die tatsächlich noch glaubte, dass man den österreichischen Kapitalismus demokratisch führen und lenken kann. Die Konzentrierung auf die „Umweltfrage“ ist ja immer mehr hinter Konzepte einer „Basisdemokratie“, einer Stärkung der „Bürgermitsprache“ und identitätspolitische Fragen (Gender, LBTQ usw.) zurückgetreten.

Der Klassencharakter der Grünen sollte sich unserer Meinung nach selbst dem „Grünaffinsten“ mit dem Regierungseintritt dieser Partei in die Koalition mit der Kurz-VP erschlossen haben. Die "fortschrittlichen" Positionen der Grünen werden um den Preis der Mitverwaltung des bürgerlichen Staates wie lästiger Ballast über Bord geworfen.

Von dieser Klasseneinschätzung aus waren (auch vor Kurz/Kogler) die Grünen für uns nie eine "Alternative" - sorry, sie standen immer im falschen Lager ...

Sozialdemokratie – die bürgerliche Arbeiterpartei

Bleiben also bei der Wien-Wahl zwei Listen, die für uns in Frage kommen: LINKS und SPÖ. Was? Die SPÖ? werden wir oft gefragt.

Ja. Weil wir nach wie vor der Ansicht sind, dass die SPÖ von ihrem Klassencharakter das ist, was Lenin als bürgerliche Arbeiterpartei bezeichnet hat. Nach wie vor mit der Arbeiterklasse verbunden (über die Gewerkschaften, Betriebsräte, Jugendorganisationen [trotz deren Schwächung]), ist die SPÖ-Bürokratie der „Transmissionsriemen der Bourgeoisie ins Proletariat“. Heißt: Da die Bourgeoisie die arbeitende Bevölkerung immer noch fürchtet und hasst (Kurz, Nehammer und Blümel sind ja da wunderbare Beispiele!), aber nicht imstande ist, sie auszuschalten (das wäre die historische Aufgabe des Faschismus!), versucht sie über die Integration der Führer der Sozialdemokratie die Unterdrückten zu neutralisieren. Vor der Corona-Krise hat man gesehen, wie den österreichischen Kapitalisten der Kamm geschwollen ist und sie versucht haben, einen offenen

Konfrontationskurs zu fahren, um den Einfluss der Arbeiterorganisationen zu brechen (daher auch der Verzicht bzw. das Zurückdrängen der Klassenzusammenarbeit in Form der „Sozialpartnerschaft“).

Die Beschleunigung der vorhersehbaren zyklischen kapitalistischen Krise im Weltmaßstab durch die COVID-Pandemie mit ihren potenziell gefährlichen sozialen Auswirkungen hat zu einem pragmatischen Schwenk geführt: Die „Sozialpartner“ wurden wieder aus dem Hut gezaubert und die in den bürgerlichen Staat integrierten (sozialdemokratischen) Gewerkschaftsspitzen haben dankbar ihre neue „Aufwertung“ als großen Sieg verkauft (und der Bourgeoisie als Dank die für die Arbeitenden katastrophalen Kollektivverträge im Sozialbereich und bei den Metallern geschenkt, so, wie der Hund dem Herrl die Hand abschleckt, wenns Leckerlis gibt).

Was aber nichts an der Tatsache ändert, dass sich nach wie vor eine Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung in der SPÖ wiedererkennt. (Achtung, Spoiler: Die bürgerlichen Medien haben schon vor Jahren die FPÖ zur „neuen Arbeiterpartei“ erklärt, weil sie von so vielen, meist schlecht qualifizierten, Arbeitern, gewählt wird. Für uns ist die Bestimmung des Klassencharakters aber keine rein soziologische Frage, es geht auch um das Bewusstsein. Die „Arbeiterwähler“ der FPÖ sind leider der Ausdruck der Entideologisierung der Arbeiterbewegung durch die Sozialdemokratie und das Misstrauen gegen „die da oben“. Wenn die Arbeiter auf solche Fragen keine revolutionären Antworten bekommen, folgt unerbittlich der Pendelausschlag nach „rechts“, hin zu faschistischen Bewegungen).

LINKS

Das Wahlbündnis LINKS ist wieder einmal ein Zusammenschluss von zentristischen (= zwischen Revolution und Reformismus schwankenden) Organisationen und Individuen, in das sich nach einigem (taktischen?) Zögern die KPÖ eingekauft hat.

Bei der Analyse der Volksfront in

Spanien 1936, also einem Bündnis zwischen bürgerlichen und proletarischen Parteien, hat Trotzki den bildhaften Vergleich eines „Kräfteparallelogramms“ gezogen. Die verschiedenen Klasseninteressen ziehen in entgegengesetzte Richtungen, letzten Endes muss sich das Parallelogramm in die stärkere Richtung neigen.

LINKS ist ein Bündnis, und auch hier dominieren die stärksten Kräfte programmatisch. Und die sind, in erster Linie seit dem Beitritt der KPÖ, definitiv reformistisch. Das Programm von LINKS windet sich elegant um die Frage herum, ob man den Kapitalismus „verbessern“ und „gerechter“ machen kann, oder ob man ihn radikal beseitigen muss. Und vor allem: Wie?

Ein Genosse hat mich vor einigen Wochen zu meiner Meinung über LINKS gefragt. Unter anderem habe ich damals geantwortet:

*Nach erster Lektüre finde ich es nur spannend, wie die seitenmäßige Gewichtung der einzelnen Abschnitte meiner Meinung nach sehr genau die soziale Zusammensetzung des Projekts spiegelt (Bildung 10 Seiten, Tierschutz 4 und damit nur eine Seite weniger als Arbeit). En passant: der „Antifaschismus“ kommt ohne antifaschistische Selbstverteidigungsstrukturen aus, wenn ich das richtig gelesen habe. Generell sehe ich hier das Scheitern der neuen reformistischen „Realpolitiker*innen“ der „Linken“: hier wird ein utopisch-kleinteiliges Konzept vorgelegt, das bewusst oder unbewusst zeigen soll, wie's "richtig gemacht" werden könnte. Dabei verstrickt man sich in einem Konkretinismus bis hin zum Wurstpapier. Vor meinem geistigen Auge sehe ich hier ein paar KP-Bezirksräten und einer handvoll abgehalfterter Grundgehalts-Apostel in Fantasien einer „nachhaltigen und achtsamen Welt des guten Lebens“ schwelgen.*

Das ist einer der Gründe, warum wir solche Wahlplattformen ablehnen. Wenn wir die nötige Stärke hätten, würden wir natürlich kandidieren, allerdings in Form einer revolutionären Propaganda-kandidatur, in der wir das gesamte Programm, also auch mit den „widerborstigen“ Forderungen, vorschla-

gen würden. Dass man das revolutionäre Programm in Diskussionen konkretisieren kann und muss, ist klar. Aber dieses Potpourri wohlmeinender Schlagworte ist dem diametral entgegengesetzt.

Schlussfolgerung:

Es wäre absurd, wenn wir als kleine Gruppe großsprecherisch eine „Wahlempfehlung“ abgeben würden. Ich spreche hier auch in persönlichem Namen:

Aus „pädagogischen“ Gründen trete ich für eine Stimmabgabe für die SPÖ ein. Viele Lohnabhängige, Arbeitslose, Pensionist*innen etc. wählen SPÖ, um den reaktionären Sturmangriff der Bourgeoisie auf die Bundeshauptstadt abzuwehren. Sie, und nicht die Führung der SPÖ, muss unser Adressat sein, den wir im Auge haben. Wir haben nicht das geringste Vertrauen in die sozialdemokratische Führung, und wir können das mit Beweisen belegen. Wir sollten uns aber nicht von der Masse derjenigen isolieren, die nach wie vor Illusionen in diese Partei haben, ohne

inhaltlich auch nur einen Millimeter von unserer Kritik abzuweichen. Ein möglichst starker Gegenwind gegen die Blümel, Nepp und Strache und ihre pinken Trittbrettfahrer und grünen Komplizen könnte eine gute Basis bilden, um den Ausgebeuteten etwas mehr Selbstvertrauen einzuflößen und den Boden für wirklich sozialistische, revolutionäre Ideen aufzulockern.

Ich freue mich schon auf ein Treffen!

Liebe Grüße

Georg



Die Gruppe KLASSENKAMPF - Für Rätemacht und Revolution!



Die Gruppe Klassenkampf (GKK) ist eine internationalistische kommunistische revolutionäre Organisation.

Internationalistisch: im nationalen Rahmen lassen sich die großen Probleme nicht lösen. Soziale Ungleichheit, Unterdrückung ethnischer oder sexueller Minderheiten, Naturzerstörung, Pandemien sind weltweit, sie müssen auch weltweit bekämpft und gelöst werden.

Revolutionär: In allen Ländern versuchen die Herrschenden, mit zunehmend unterdrückerischen Mitteln ihre Herrschaft gegen die Unterdrückten zu verteidigen. Die Geschichte zeigt: Niemals sind herrschende Klassen freiwillig abgetreten, wenn ihre Zeit abgelaufen war. Mit Pseudodemokratie, aber letzten Endes mit Polizei, Militär und faschistischen Banden versuchen sie heute, ihren Untergang hinauszuzögern. Reformen helfen nicht - auch eine reformierte Unterdrückung bleibt Unterdrückung. Der einzig mögliche Weg ist ein radikaler Umsturz der Gesellschaft, eine Revolution.

Kommunistisch: Weltweit stehen einander zwei große Klassen gegenüber: Arbeiter*innen und Kapitalist*innen. In den in Armut gehaltenen Ländern auch das Heer der armen Bäuerinnen und Bauern, die rechtlos sind. Die Herrschenden kontrollieren die Produktionsmittel, sie besitzen alles, was notwendig ist, um aus denen, die arbeiten müssen, um überleben zu können, unbezahlte Arbeit herauszupressen, die ihr Profit ist. Während einigen Wenigen der Großteil des Reichtums gehört, verhungern Millionen neben ihnen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel allen gehören, allen der wissenschaftliche Fortschritt zugute kommt, niemand hungert, Medikamente nicht aus Profitgier den Bedürftigen vorenthalten werden.

Wir Werktätigen können die Gesellschaft selbst lenken, durch demokratisch gewählte, rechenschaftspflichtige Komitees (Räte), durch die Arbeiter*innenkontrolle über die Produktion.

Wir sind die Sektion des Kollektivs Permanente Revolution (Co-Rep), einer internationalen revolutionären Tendenz. Permanente Revolution heißt: Dort, wo die Bourgeoisie den Unterdrückten noch nicht einmal die grundlegenden Freiheiten gewährt hat, wird das Proletariat (die Arbeiter*innen) im Zuge seiner Revolution diese demokratischen Aufgaben miterfüllen.

Kontakt:

gruppe.klassenkampf@gmail.com

Die Gruppe Klassenkampf im

Internet: www.klassenkampf.net

Der Kampf der Arbeiter*innenklasse in der Türkei, Griechenland und Frankreich muss den Krieg in der Ägäis verhindern

Die neue weltweite kapitalistische Krise wurde 2020 durch die Pandemie ausgelöst und hat zerstörerische Folgen. Kapitalistische Krisen ziehen protektionistische Maßnahmen und militärischen Druck nach sich. Der Einfluss der USA nimmt weltweit und im Nahen Osten ab. Dadurch können der russische und der chinesische Imperialismus versuchen, dieses Vakuum füllen und Regionalmächte und Imperialismen zweiten Ranges (Israel, Iran, Türkei, Saudi-Arabien...) wichtigere Rollen spielen. Der französische Imperialismus kann versuchen, im Nahen Osten wieder Fuß zu fassen, Die Vereinigten Staaten können ihren Einfluss nicht friedlich aufgeben, Bündnisse werden instabil.

Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung "nach dem Kapital", "nach der Macht" vorgenommen - eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung (...) (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 1916, Kap. 5)

Die Konkurrenz bei der Ausplünderung der Energieressourcen des östlichen Mittelmeerraums spitzt sich zu. Diese Rivalität kann zu einem Krieg in der Region und im Nahen Osten führen. Israel beginnt mit der Ausbeutung der Gasvorkommen vor der Küste Palästinas, wodurch es sich gegen den Libanon stellt. Das Regime von Erdoğan, das sich in Syrien und Libyen festgefahren hat, sucht an der Ägäis nach neuen Energieressourcen. Das kapitalistische System im Zeitalter des Imperialismus führt zu Krisen, Elend, Kriegen und Zerstörung. Aus diesem Grund können die Spannungen zwischen der Türkei, Griechenland, der Republik Zypern und Frankreich nicht auf eine bloße diplomatische Krise reduziert werden.

Die gegenwärtigen militärischen Manöver sind in der Tat die Alarmglocken für einen bevorstehenden Krieg. Die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation zwischen der Türkei, Frankreich und Griechenland nimmt zu, obwohl alle drei Staaten Mitglieder der historisch unter amerikanischer Hegemonie gebildeten NATO sind.

[...solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, [sind] imperialistische Kriege absolut unvermeidlich [...]] (Lenin, Imperialismus, Vorwort von 1920)

Türkische und französische Kriegsschiffe fordern sich an der libyschen Küste gegenseitig heraus. Erdoğan entsendet die türkische Marine zum Schutz von Öl- und Gasförderschiffen in griechischen Hoheitsgewässern in der Nähe der



türkischen Küste, während Macron die französische Marine mit der des griechischen Premierministers Mitsotákis im gleichen Gebiet operieren lässt.

Diese Rivalität ist nicht eine Rivalität zwischen den Arbeiter*innen der Türkei, Zyperns, Griechenlands oder Frankreichs. Denn die Arbeiter*innen haben kein Interesse an einem Krieg. Diese Rivalität betrifft Teile der Weltbourgeoisie.

Die griechische Arbeiterklasse ist während zehn Jahren tiefer Wirtschaftskrisen zu Elend und Zerrüttung verurteilt worden. Die türkische Arbeiterklasse hingegen kämpft unter den Auswirkungen einer zweijährigen Wirtschaftskrise und schwerer staatlicher Repression um Luft zum Atmen. Mit dem Krieg würde sich diese Krise vertiefen, die staatliche Repression würde noch härter werden und die Arbeiter in beiden Ländern würden zum Töten und Getötetwerden

ausgeschickt, um die Interessen der Bourgeoisie zu schützen. Der Krieg der Bourgeoisie um Energieressourcen würde für die Arbeiter in beiden Ländern Armut, Elend, Tod und Zerstörung bedeuten. Mit nationalistischen und chauvinistischen Parolen werden die Arbeiterklassen der Türkei und Griechenlands zu wechselseitigen Gegnern erklärt.

Der Hauptfeind der Arbeiter*innenklassen der Türkei, Griechenlands und Frankreichs ist ihre jeweils eigene Bourgeoisie. Sie verurteilt sie zu Ausbeutung, Armut, Krieg und Zerstörung. Die einzige Macht, die dieses Schicksal ändern kann, ist die Arbeiter*innenklasse dieser drei Länder. Dazu ist es zwingend erforderlich, dass sich die Arbeiter*innenklassen der Türkei, Griechenlands und Frankreichs auf internationaler Ebene um die Achse "Klassenkampf gegen Krieg" organisieren.

• Nein zum Krieg zwischen den Völkern und zum Frieden zwischen den Klassen!

• Klassenkampf gegen den Krieg! Dein Hauptfeind ist Dein bürgerlicher Staat. Richte Deine Wut und Deine Waffen gegen ihn!

• Lang lebe die rote Fahne des Internationalismus gegen Nationalismus (egal ob im Zeichen des Halbmonds oder des Kreuzes) und Sozialpatriotismus!

• Austritt Griechenlands und der Türkei aus der NATO! Alle Besatzungstruppen (Türkei, Griechenland, NATO) raus aus Zypern! Lang lebe ein vereinigtes Zypern!

• Ersetzung der aufgeblähten Armeen durch die Bewaffnung des Volkes! Arbeiter*innenregierungen in Athen, Ankara und Paris! Sozialistische Föderation des Mittelmeerraums!

7. September 2020

Groupe Marxiste Internationaliste (Internationalistisch-marxistische Gruppe). Frankreich

*Patronsuz Dünya (Welt ohne Bosse),
Türkei*

USA vor den Präsidentschaftswahlen: Wachsende Unzufriedenheit der Massen, zunehmende faschistische Gewalt

Angesichts der am 3. November stattfindenden Präsidentschaftswahlen sehen sich die USA mit gleich drei Krisen konfrontiert: gesundheitlich, ökonomisch und politisch. Das verringert die Chancen auf eine Wiederwahl des konservativen (Republikanische Partei, RP) Präsidenten Trump, der von seiner Wiederwahl ausgeht, und erhöht jene des liberalen (Demokratische Partei, DP) Gegenkandidaten Biden.

Der Präsident riet vom Maskentragen ab. Jetzt ist das Virus auch im Weißen Haus an höchster Stelle angekommen. Die Regierung kommt notorisch schlecht mit der Corona-Epidemie zurecht (über 200 000 Tote bis Ende September), was besonders wenig qualifizierte Arbeitskräfte, Arme, Schwarze, Indigene und Latinos trifft. Angesichts der vollen Wucht der weltweiten kapitalistischen Krise, verschärft durch Corona, fiel das BIP (Bruttoinlandsprodukt) um fast 9,5 % im Jahresvergleich und um 31,7 % im zweiten Trimester zum vorhergehenden Bericht.

Mit sehr niedrigen Leitzinsen und Wirtschaftsförderungen im Ausmaß von 2,7 Billionen Dollar bis Ende September, wovon fast 90 % den Unternehmern zugute kommen, wird dagegen vorgegangen. Weitere Hilfspakete über 1000 (RP) bzw. 3000 (DP) Milliarden Dollar werden noch im Kongress verhandelt. Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei über 10 % der aktiven Bevölkerung und steigt weiter. Ein erhöhtes Arbeitslosengeld von 600 Dollar wöchentlich seit März lief Ende Juli aus. Am 8. August unterzeichnete der Präsident mehrere Dekrete, darunter die Aufhebung der Sozialbeiträge und 400 Dollar Arbeitslosengeld wöchentlich (300 vom Bund und optional 100 von den Bundesstaaten). Die Verarmung eines Teiles der Bevölkerung ist vorgezeichnet und treibt den Kampf gegen Polizeigewalt und Rassismus. Die derart motivierten Demonstrationen spalten die politischen Repräsentanten der Kapitalistenklasse und sogar den Staatsapparat.

Anarchie und Identitätspolitik als Sackgasse

Am 26. Mai führt der Mord an George Floyd durch die Polizei der Stadt Minneapolis (Minnesota) zu großen Demonstrationen. Diese haben multiethnischen Charakter und thematisieren speziell aggressive Polizeihandlungen gegen arme Schwarze. Auch wenn 25 % der Gewaltopfer "Schwarz", 40 % "Weiß" und 16 % "Latinos" sind, so gehören sie doch der selben Klasse an! Da der amerikanische Kapitalismus nicht nur eine Arbeiterklasse hervorgebracht hat, sondern auch dutzende Millionen ohne Klassenzugehörigkeit, werden die Demonstrationen manchmal von Plünderungen und nihilistischer Zerstörung begleitet. Tim Walz (DP), Senator von Minnesota, nahm das zum Vorwand, um die Nationalgarde zur Wiederherstellung der Ordnung zu rufen, während Trump gleich die Armee einsetzen will - was der Generalstab aus opportunistischen Gründen ablehnte. Aber die politische Schwäche der Bewegung durch das Fehlen einer revolutionären Arbeiterpartei wird vom Staat und den beiden bürgerlichen Parteien ausgenutzt. Die Führung der Demonstrationen ist zwischen der "Antifa" und der Black Lives Matter (BLM, "Schwarze Leben zählen") umstritten: die "Antifa" als Anarchisten, die sich auf die Konfrontation mit dem repressiven Staatsapparat beschränken, ohne sich an die Arbeiterklasse wenden zu können oder zu wollen, und BLM, eine ausschließlich schwarze Bewegung, die

strikt gegen die Zusammenarbeit mit Ausgebeuteten und anderen Unterdrückten wie etwa Indigenen und Latinos sind. 2016 erhielt BLM, deren Macht aufgrund fehlender interner Demokratie alleine bei deren Führern liegt, 100 Millionen an Unterstützung durch die Ford Foundation und andere karitative Organisationen. Sie leitet den öffentlichen Protest um: auf eine Budgetkürzung der lokalen Polizei, ohne zu sagen, wer diese ersetzen soll (Bundespolizei oder Volksmilizen?), und auf den Sturz von Statuen. Die Strategie des Gegensatzes aller Schwarzen gegen alle Weißen, ebenso wie des Gegensatzes aller Frauen gegen alle Männer, führt die Mehrheit (die Ausgebeuteten und die am meisten Unterdrückten) in eine Sackgasse. Nur einer schwarzen Minderheit gelang bis Ende des 20. Jahrhunderts der Aufstieg zum Kleinbürgertum (leitende Angestellte, Selbständige) und zum Bürgertum (Klein- und Großkapitalisten, hohe Staatsposten). In der selben Zeit litt die Mehrheit der Schwarzen, ebenso wie Millionen Latinos und "Weißer", am von den Kapitalisten durchgeführten Abbau der Industrie, an der Kürzung der Sozialhilfen und der Verschärfung der repressiven Politik von beiden bürgerlichen Parteien. Darüber hinaus wendet Trump die Identitätspolitik gegen die DP, in dem er ihnen die "Identität" der weißen Facharbeiter entgegenstellt, und ihm damit die Spaltung der Ausgebeuteten gelingt. Wenn sich die Unterdrückung der Schwarzen durch die kapitalistische Ausbeutung nicht verringert, dann hängt die Möglichkeit ihrer Emanzipation, ebenso wie die Befreiung der Frauen und die Bewahrung der Umwelt, direkt mit dem Klassenkampf zusammen. Eine durch den Marxismus geleitete globale politische Perspektive gehört eröffnet: jene der sozialen Revolution und des globalen Sozialismus.

Trump und Biden gegen die Selbstverteidigung der antirassistischen Demonstranten

Demonstrationen finden in mehreren Städten statt, insbesondere in Portland (Oregon), wo es einmal zu Beginn zu einer Plünderung kam. Die Demonstranten verteidigen sich zurecht gegen die Angriffe der Polizei und bewaffneter Faschisten. Trump verstärkt täglich Beschimpfungen gegen Demonstranten, Stadt und gewählte Lokalregierung (DP) zwischen zwei Golfpartien mit der Unterstützung des Fernsehsenders Fox News. Am 4. Juli trugen einige Hundert Personen nach Aufruf einer schwarzen nationalistischen Gruppe (Not Fucking Around Coalition - "Nicht lange Fackeln" Koalition) in Stone Mountain (Oregon) ihre Waffen zur Schau. Zur selben Zeit schickt der Präsident die Bundespolizei, offiziell zum Schutz von Statuen und öffentlichen Gebäude, tatsächlich jedoch zur Unterdrückung der Proteste. Videos zeigen Beamte in zivil in gewöhnlichen Fahrzeugen beim Abführen von Demonstranten ohne sich auszuweisen. Die Bewegung flackerte erneut am 25. August auf, als die lokale Polizei in Kenosha (Wisconsin) sieben Schüsse auf den unbewaffneten Schwarzen Jacob Blake feuerte. Unter dem Vorwand des Schutzes vor den Unruhen der folgenden Tage tötete ein für Trump eintretender Militant zwei Personen und verletzte eine weitere auf den Straßen der Stadt, ohne dass die Polizei ihn aufgehalten hätte. Am 28. August tötete die Staatspolizei Trayford Pellerin, einen unbewaffneten Schwarzen, in Lafayette (Louisiana), mit 11 Kugeln. Am 30. August wird ein Mitglied der Patriot Prayers (Betpatrioten), Faschisten, welche Demonstranten bedrohen und angreifen, getötet. Der Präsident wettete gegen "Plünderungen, kriminelle Brandstiftungen, Gewalt und Anarchie in den amerikanischen Straßen" und kündigte die Entsendung von " Bundespolizei und Nationalgarde an, um Recht und Ordnung in Kenosha wieder herzustellen" (26. August).

Der Kandidat der DP verurteilte die sich verteidigenden Demonstranten und die angreifenden Handlanger gleichermaßen:

"Schüsse in den Straßen einer amerikanischen Großstadt sind inakzeptabel. Ich verurteile jede Art von Gewalt, egal von welcher Seite, von links wie von rechts... Wir dürfen nicht zu einem Land im Krieg mit uns selbst werden, ein Land, wo man einen Mitbürger tötet, der nicht denkt wie er, ein Land, wo der eine sich am anderen rächt." (Joe Biden, USA Today, 31. August).

Zwei Kandidaten der imperialistischen Bourgeoisie

Zur Wahl stehen zwei alte Männer: Donald Trump 74 (RP) und Joe Biden 78 (DP). Die DP nominierte Biden gegen den "Sozialisten" Sanders mit der reaktionären Kamala Harris als Kandidatin für die Vizepräsidentschaft. Dabei überholt Biden die RP oftmals rechts. Er war beispielsweise federführend bei der massiven Erhöhung von Strafen für Delikte in Bundesverantwortung. Dennoch gibt es in den USA mehr Gewalt, Kriminalität und Straftäter als in anderen imperialistischen Ländern. Die Zahl der Inhaftierten verfünffachte sich in den letzten 30 Jahre, davon sind 75 % Schwarze und Latinos! Biden zeigte sich als enthusiastischer Zionist, er trat für die Invasion in Afghanistan 2001, im Irak 2002 ein und unterstützte als Vizepräsident Umsturzversuche in Venezuela und den saudiarabischen Krieg im Jemen 2015.

Der Wahlkampf ist wie üblich mehr von persönlichen Attacken als von der Bilanz eines Programmes geprägt. Beide Kandidaten sind brave Christen. Neu bei diesen Wahlen sind zwei Umstände: Altpräsident Obama (DP), der in einem Anwesen für 14 Millionen Dollar lebt, bringt sich in den Wahlkampf ein. Und der jetzige Präsident nützt das Weiße Haus als Wahlkampfarena.

Trumps Versuche, Demonstrationen mit Hilfe der Armee zu unterbinden, die Briefwahl abzuwenden und den Wahltermin zu verschieben, schlugen fehl. Er macht sich nicht einmal die Mühe, ein Wahlprogramm vorzulegen. Tatsächlich sind die Wahlprogramme sowohl der RP als auch der DP hohle

Phrasen rund um Nationalismus und geprägt von der christlichen Religion. Nach außen will Trump seine Politik der Einmischung und der militärischen Drohung weiterführen, genau wie seine Vorgänger: Brexit unterstützen, Blockade der Migranten aus Mexiko, möglicher Staatsstreich in Venezuela, Iranblockade, Unterstützung der Kolonisierung Jerusalems. Er unterwirft sich die RP, die immer auf "Partei der Ordnung" gemacht hat, wobei sie auf dem Feld der politischen Ökonomie eher wirtschaftsliberal und auf Freihandel eingestellt ist: Trump machte sie zu Protektionisten (Druck auf China, Kanada, Deutschland,...)

Biden seinerseits begnügt sich mit dem beschränkten Werkzeug der öffentlichen Gesundheitsausgaben, wovon die Versicherungsgesellschaften profitieren, er verweigert ein Verbot von Fracking und unterstützt einen ökonomischen Wiederaufbauplan über 700 Milliarden Dollar für die nationale Produktion. Außenpolitisch kündigt er ebenso wie Trump eine Politik gegen Russland und insbesondere China an.

Drohender Faschismus?

Besonders der "Sozialist" Sanders, die alten Führer der "Neuen Linken" (SDS, Students for a Democratic Society - Studenten für eine demokratische Gesellschaft) der 70er Jahre, die stalinistisch-maoistische Organisation RCP (Revolutionary Communist Party - Revolutionäre Kommunistische Partei) und die Gruppe LRP (League for the Revolutionary Party - Liga für die Revolutionäre Partei; ideologisch sind sie Revisionisten des Trozismus), rufen zur Wahl von Biden-Harris auf. Die größte reformistische Partei, die Demokratischen Sozialisten Amerikas (DSA, Democratic Socialists of America), die in der DP verbleiben, ruft ebenso wie sein schwächer werdender Konkurrent, die Kommunistische Partei der USA (Communist Party of the USA - Kommunistische Partei der USA), zur Wahl gegen Trump auf. Die der DSA nahestehende Webseite nährt weiter die Illusion, dass sich die amerikanische Regierung, wenn sie demokratisch (DP) ist, unter dem Druck der Massen vorteilhaft entwickeln kann:

"Harris, und in einem geringeren Maß

Biden, haben beide eine begrenzte, jedoch aufmunternde, Bereitschaft gezeigt, unter Druck der Linken entgegen zu kommen. Die aktuellen, beispiellosen Umstände, verbunden mit der noch schwachen, jedoch zunehmenden Kraft der amerikanischen Linken, bedeuten, dass die nächsten vier Jahre nicht notwendigerweise eine Wiederholung der Obama-Jahre sein werden." (Jacobin, 12. August)

Die Haupterben des Stalinismus geben zu ihrer Rechtfertigung vor, dass Stimmzettel eine faschistische Bedrohung vereiteln werden:

"Es gibt bereits einige faschistische Signale, die sich in die Handlungen der Regierung Trump eingeschlichen haben: Aushöhlung der Verfassungsrechte, Missachtung der Regeln des amerikanischen politischen Lebens, Zerstörung demokratischer Institutionen... Diese Aktionen sind bereits widerlich genug, aber die Drohung eines vollwertigen Faschismus lässt Schlimmeres erwarten. Wie Michele Obama bei ihrer Rede zum Konvent der DP sagte: "Das kann schlecht ausgehen." Ein deutliches Votum gegen Trump ist entscheidend zur Verhinderung des Faschismus." (CPUSA, 3. September)

Sind die Institutionen wirklich so demokratisch? Die beiden Parteien sind nicht nur sehr eng mit großen kapitalistischen Gruppen verbunden, sondern es sind bei den letzten 5 Wahlen 2 Präsidenten (RP) mit weniger Stimmen als ihr Gegenkandidat (DP) aufgrund der Verfassung gewählt worden. Ausserdem wurden zahlreiche weniger qualifizierte Arbeiter*innen (eingewanderte Arbeiter*innen, massive Beschneidung der bürgerlichen Rechte durch Gerichte...) vom Wahlrecht ausgeschlossen oder absichtlich vom Wählen abgebracht. Ob es den bürgerlichen Demagogen der DP und ihren pazifistischen Lakaien der DSA und der CPUSA gefällt oder nicht, Faschismus kann man mit Wahlzettel nicht auslöschen. Und, da es ja noch keine Revolution als Bedrohung für seine Vorherrschaft in der Gesellschaft gab, wird keine bedeutende Fraktion der Kapitalistenklasse zu diesem Zeitpunkt auf einen Staatsstreich zurückgreifen. Noch ist landesweit keine bewaffnete konterrevolutionäre Bewegung

aufgetreten. Das verschafft der Arbeiter*innenklasse, den arbeitenden Frauen und den "rassischen" Minderheiten Aufschub. Um daraus aber auch Nutzen ziehen zu können, müssen die Arbeiter*innen ihre eigene Partei gründen, die an der Spitze der Kämpfe gegen jede Unterdrückung steht.

Eine Arbeiterpartei: für die Massen - unabhängig vom Bürgertum

Die amerikanische Bourgeoisie ist seit dem Bürgerkrieg (1861-1865), der Ermordung Lincolns (RP) und der Reconstruction (Wiedereingliederung des Südens danach) (1865-1877) nicht mehr progressiv. Gegen die beiden bürgerlichen und imperialistischen Parteien muss eine Arbeiter*innenpartei etabliert werden: zur Vorbereitung der Beseitigung des bürgerlichen Staates, der Enteignung des Großkapitals, der Machtübernahme der Arbeiter*innen und der gewissenhaften Planung der Wirtschaft. Aufgrund der in den 30er Jahren vollzogenen Degeneration der KI (Kommunistischen Internationale) und der CPUSA, jene der 4. Internationale und der SWP (Socialist Workers Party - Sozialistische Arbeiterpartei) in den 60er Jahren, gibt es seit längerer Zeit keine revolutionäre Arbeiter*innenorganisation auf nationaler Ebene, welche die Führung der Kämpfe (und die Aufstellung eines Kandidaten) übernehmen könnte. 1934 veranlasste die Bürokratie der UdSSR die Unterordnung der kommunistischen Parteien der imperialistischen Länder unter Nationalismus und Volksfront. Die CPUSA unterstützt seither die DP, betreibt eine "Identitätspolitik" und lässt in ihrer Führung kleinbürgerliche und bürgerliche Bewegungen mitwirken. In den 30er Jahren war das die Trilogie Rasse, Geschlecht und Klasse, alle drei auf der gleichen Ebene. Seit den 70er Jahren verlängert sich die Liste ins endlose.

Die SWP folgt seit der Annäherung an den Castrismus (1961-1963) dem von der CPUSA vorgegebenen reformistischen Weg. Wie diese führten die SWP und ihre Jugendorganisation YSA (Young Socialist Alliance - Junge Sozialistische Allianz) die Bewegung gegen den Krieg in

Vietnam mit dem Ziel, darin einen Flügel der demokratischen Partei zu integrieren. Die SWP klammerte sich an den bürgerlichen Feminismus und kapitulierte vor dem schwarzen Nationalismus, wobei sie sich peinlichst genau von der aus den Ghettos hervorgegangenen Bewegung fern hielt: die Black Panthers (BPP, Black Panthers Party - Schwarze Panther Partei), die sich radikalisierten und für Selbstverteidigung eintraten. Der Kampf gegen Unterdrückung und Verfolgung kann nur unter proletarischer Vorherrschaft erfolgreich sein. Angesichts der Gesundheits- und Wirtschaftskrise, der Verarmung, des Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der Polizeigewalt und der von einem schlecht gewählten Plutokraten ermutigten faschistischen Banden müssen sich die revolutionären Zellen schnellstens neu ordnen, zusammen mit der internationalen Avantgarde.

Es braucht einen politischen Hebel, um von den Gewerkschaftszentralen der AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations - Amerikanische Arbeiterföderation und Kongress der Industrieorganisationen) und der CtW (Change to Win Organizing Center - Organisationszentrum Ändern um zu Gewinnen), die die DSA und BLM gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien behindern, einzufordern:

- **Verteidigung der ethnischen Minderheiten und deren Recht zur Selbstverteidigung**

- **Ausschluss von Organisationen des öffentlichen und privaten Repressionsapparates aus den Gewerkschaftsverbänden**

- **Bewahrung und Ausweitung der Frauenrechte**

- **Aufgreifen der grundlegenden Forderungen lohnabhängiger Arbeiter: Erhaltung der Beschäftigung und der Löhne; Arbeitszeitverkürzung und zum Ausgleich Neueinstellungen; anständige Alterspensionen; Mietstopp; kostenloses Gesundheitswesen; qualitativ hochwertige Bildung auf allen Ebenen für alle!**

- Basierend auf dem Artikel der GMI: <https://groupemarxiste.info/2020/09/03/etats-unis-la-campagne-presidentielle-va-t-elle-reussir-a-canaliser-le-mecontentement-populaire/>

Belarus:

Massenmobilisierung kann nur unter Führung der Arbeiter*innenklasse siegen

Die Krise in Belarus (Weissrussland) fügt sich nahtlos in das Bild der instabilen Weltlage ein. Wie in vielen anderen Ländern, darunter im fernsten Osten Russlands und in Bulgarien, mobilisieren die Massen gegen die autokratische Herrschaft.

Vom Stalinisten zum Hitler-Bewunderer

Lukaschenko hatte sich vor dem Zerfall der UdSSR und der Restauration des Kapitalismus durch die Bürokratie als typisch stalinistischer Apparatschik auf der Karriereleiter nach oben gearbeitet. Er wurde 1994 zum Präsidenten gewählt, indem er eine Kampagne gegen die Korruption und für die Beseitigung der „Mafia“ führte, die es ihm ermöglichen sollte, alle seine Rivalen zu verdrängen und seine eigene Mafia zu gründen. Konsequenterweise brachte er seine Gefolgsleute und seine Familie im Staatsapparat unter. Er wurde ohne Unterbrechung zum Präsidenten wiedergewählt – mit verschiedenen antidemokratischen Manövern und vorausgefüllten Stimmzetteln in den Wahlurnen 2001, 2006, 2010 und 2015. Jedes Mal gab es daraufhin Protestdemonstrationen. Seit der Unabhängigkeit Belaruss nach dem Zerfall der UdSSR hat die politische Führung des Landes die Rivalitäten zwischen Russland, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zu ihren Gunsten auszunutzen versucht. Lukaschenko präsentierte sich als Garant der Unabhängigkeit von Russland.

Lukaschenko schwankte zwischen der Aufrechterhaltung großer staatlicher Unternehmen und der Privatisierung eines Teils der Wirtschaft, die eng vom russischen Kapitalismus abhängig ist. Mehr als 50 % des Handels werden mit Russland abgewickelt und Russland ist der größte Gläubiger des Landes (mit mehr als 50 % der Staatsschulden). Lukaschenko

hatte bestimmte Errungenschaften aus der Zeit der UdSSR für die Arbeiterklasse beibehalten – das öffentliche Gesundheitswesen, stabile Arbeitsplätze, das Bildungssystem usw. Er tat dies aber nicht aus irgendeiner kommunistischen Überzeugung heraus, sondern eher aus Sympathie mit den Nazis:

„In welche Richtung seine Vorstellungen dabei gehen, machte er in einem Interview mit dem Düsseldorfer „Handelsblatt“ vom November 1995 deutlich, in dem er Hitler als Vorbild für die innere Neuordnung des Landes charakterisierte. Dieser habe Deutschland dank einer ‚starken Staatsmacht‘ sowie ‚der Vereinigung der Nation um einen Führer‘ aus der Krise geführt und konsolidiert. Weiter bemerkte Lukaschenko: ‚Die deutsche Ordnung hat sich über Jahrhunderte herausgebildet. Unter Hitler erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Dies ist genau das, was unserem Verständnis einer präsidentialen Republik und der Rolle des Präsidenten darin entspricht‘.“ (Timmermann, H. (1997). Belarus: eine Diktatur im Herzen Europas? (Berichte / BIOst, 10-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.)

Der österreichische Imperialismus: Immer vorn dabei, wenn's gegen Arbeiter*innen geht

Noch im November 2019 verwies der Diktator anlässlich eines Besuchs bei Bundespräsident van der Bellen

in Wien darauf, dass ihm seitens „österreichischer Unternehmer in Bezug auf Autoritarismus“ nie ein Vorwurf gemacht worden sei.

„Von einem „Durchbruch im Westen“ titelten die Medien. Es war der erste Staatsempfang Lukaschenkos in einem EU-Mitgliedsland nach Jahren der politischen Isolation und internationalen Sanktionen gegen Belarus“. (Der Standard, 17. August 2020,)

Der österreichische Imperialismus reicht zwar in Belarus lange nicht an den großen imperialistischen Konkurrenten Russland heran. Mit 368 Millionen Euro Direktinvestitionen in Belarus ist das österreichische Kapital aber durchaus ein relevanter Faktor. Vor allem, da es in politisch sensiblen Bereichen bestens verankert ist: „Die Telekom Austria, deren 100-Prozent-Tochter A1 Belarus knapp fünf Millionen Kunden hat, geriet wegen der tagelangen Internetsperren im Zuge der Wahl in die Schlagzeilen. Damit habe die Telekom Austria laut Sprecher definitiv nichts zu tun“, meldet „Der Standard“ im oben zitierten Artikel.

Anfang August 2020 kandidierte Lukaschenko erneut bei den Präsidentschaftswahlen. Einen seiner Konkurrenten hatte er kurzerhand verhaften lassen, anderen wurde die Kandidatur untersagt. Aber diesmal fielen die antidemokratischen Methoden mit den Auswirkungen der weltweiten kapitalistischen Krise, die sich schon vor der Corona-Epidemie abzeichnete und sich seitdem verschlimmert hat, zusammen. Putin, dessen wirtschaftlicher Spielraum durch den sinkenden Ölpreis und die Kosten des Kriegs in Syrien deutlich eingengt wurde, hatte die russischen Subventionen für Belarus bereits reduziert. Die Folgen der allgemeinen wirtschaftlichen Verschlechterung waren ein Rückgang der Reallöhne, das Auftreten von Ar-

beitslosigkeit, die Infragestellung der bisherigen Arbeitsbedingungen, die Ersetzung stabiler Arbeitsplätze durch prekäre Arbeitsverträge usw. Das machte die Wiederwahl Lukaschenkos viel problematischer. Anstelle seines inhaftierten Hauptwidersachers kandidierte dessen Frau, Swetlana Tichanowskaja, auf die sich große Hoffnungen, aber auch Illusionen, richteten, den Diktator durch den Stimmzettel loszuwerden.

Wahlschwindel – ziemlich plump

Am 7. August wurde Lukaschenko mit 80% der Stimmen zum Sieger erklärt. Der Betrug war so plump, dass sofort Demonstrationen ausbrachen, die die Annullierung der Wahlen und die Demission Lukaschenkos forderten. Von Tag zu Tag wurden die Demonstrationen größer, und sofort begannen brutale Repressionen: Hunderte Verhaftungen, Misshandlung von inhaftierten Demonstrant*innen, Einsatz scharfer Munition. In den ersten Tagen tötet die Polizei drei Demonstranten: am 10. August in Minsk Alexander Taraikowski, der durch Kugeln verletzt wurde; am 12. August in Homiel Alexander Vikhor in einem Kleinbus der Sicherheitskräfte; am 19. August in Minsk Gennadi Shutov, der durch Kugeln verletzt wurde.

Aber die Demonstrant*innen geben nicht nach, sie kommen in immer größerer Zahl zurück auf die Straßen. Am Sonntag, dem 16. September, versammelten sich Hunderttausende in Minsk. Was neu ist daran: das Auftreten der Arbeiterklasse, die sich mit ihren eigenen Methoden – Vollversammlungen und Streiks – gegen den Diktator in Stellung bringt.

Am 17. August streiken mehr als 30 Großunternehmen, darunter MZKT, die symbolträchtige Traktorenfabrik, die Kalibergwerke und Düngemittelfabriken, usw., und es wird zu einem landesweiten Generalstreik aufgerufen. Am selben Tag landete der Präsident in einem Hubschrauber in der MZKT-Fabrik, um seine Politik zu verteidigen.

„Bei einem Besuch in einem belarussischen Staatsbetrieb wollte Präsident Lu-

kaschenko die Arbeiter auf Linie bringen. Doch ihre Antwort war unmissverständlich: "Geh weg!", schrien sie.

Von Martha Wilczynski, ARD-Studio Moskau

Er kam, sprach und flog wieder ab. Am

www.tagesschau.de/ausland/belarus-lukaschenko-mzkt-101.html)

Die MZKT-Arbeiter hatten ein Transparent angefertigt, auf dem als Antwort auf Lukaschenko steht: „Wir sind keine Schafe oder Kälber oder 'eure Kleinen' - wir sind die Arbeiter



Vormittag besuchte der Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, das Werk des staatlichen Fahrzeugherstellers MZKT in Minsk. Hier wollte er sich eigentlich mit Werksarbeitern zum Gespräch treffen. Die aber schmetterten dem auf einer Bühne stehenden Präsidenten nur ein "Uchadi" - "Geh weg!" entgegen.

Sie könnten ruhig noch etwas weiter rumschreien, gab Lukaschenko als Antwort. Sagen wollte er damit wohl so viel wie: Bringen werde es ihnen nichts. Er lasse sich nicht unter Druck setzen, so der Präsident, es werde keine Neuwahlen geben.

In den sozialen Netzwerken machte sich kurz darauf Spott breit, dass nicht einmal einige Dutzend auserwählte Mitarbeiter bereit gewesen seien, Lukaschenko zuzuhören - ganz zu schweigen von den Hunderten, die sich vor dem Werk versammelten und weiß-rot-weiße Fahnen schwenkend Lukaschenkos Rücktritt forderten“. (ARD-Tageschau, 17.8.2020, <https://>

der MZKT, und wir sind nicht 20, sondern 16.000“.

Zahnlose Opposition gibt dem Regime Atempause

Es gab jedoch keinen Generalstreik, sondern Teilstreiks. Es gab zwar Betriebsvollversammlungen, Streikkomitees oder Streikkollektive, aber kein zentrales Streikkomitee. Um den Arbeiter*innen die Angst vor Entlassungen zu nehmen, die Lukaschenko offen gegen Streikende androht und die bereits gegen die Engagiertesten angewendet werden, um die Masse der Beschäftigten in den Generalstreik zu ziehen, ist eine klare politische Führung notwendig.

Aber wer führt die Opposition gegen Lukaschenko an? Es ist nicht die Arbeiterklasse, sondern eine Fraktion der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, welche die Arbeiterklasse auffordert, sie als Hilfstuppe zu unterstützen, um ihren eigenen Zielen

len zu dienen. Tatsächlich setzte die Opposition am 14. August einen Koordinierungsrat ein, dem 70 Mitglieder angehören, die nicht gewählt, sondern aufgrund ihrer "Repräsentativität" aus den Bereichen "Wirtschaft, Justiz, Sport, Zivilgesellschaft" ernannt wurden. Der Eklektizismus (willkürliche Wahllosigkeit) ging dabei so weit, dass ein zurückgetretener Minister und Botschafter ebenso in diesen „Koordinationsrat“ aufgenommen wurde wie ein (!) Vertreter der Arbeiter von MZKT. Das Programm dieses „Rates“ soll streng im Rahmen der Gesetze bleiben: Es sei notwendig, mit Lukaschenko zu diskutieren, um Neuwahlen zu erreichen ... Aus dieser Orientierung entstehen die pazifistischen Illusionen, die viele Demonstrant*innen dazu animiert, den Repressionskräften Blumen vor die Füße zu legen. Zwar gab es tatsächlich einige Überläufer, der größte Teil der Polizei und der Truppen steht aber weiterhin zum Regime und knüpelt die Proteste nieder.

Angesichts einer so zahnlosen Opposition konnte Lukaschenko beruhigt mit Sturmgewehr und kugelsicherer Weste durch die Gegend paradien und über künftige Verfassungsänderungen zu schwadronieren, während er gleichzeitig die Unterdrückung verstärkt. Er hat nicht die Absicht, zu verhandeln und nennt seine Gegner „Ratten“ und „Kriminelle“.

Doch weder die Oppositionsführung noch Lukaschenko haben die Situation vollständig unter Kontrolle. Sonntag für Sonntag füllen Demonstrationen von Hunderttausenden das Zentrum von Minsk. Deshalb hat Lukaschenko an Putin um Unterstützung appelliert. Putin erklärte daraufhin, Russland sei nicht gleichgültig gegenüber dem, was in Weißrussland vor sich gehe, und es sei eine Reserve von „Ordnungskräften“ gebildet worden, die eingreifen sollten, wenn extremistische Kräfte bestimmte Grenzen überschreiten, "indem sie Autos, Banken, Häuser in Brand setzen und versuchen, Verwaltungsgebäude zu besetzen". Der russische Imperialismus fürchtet zwei Dinge: zum einen, dass die Massen-

proteste in Belarus auf Russland selbst übergreifen könnten, wo das Regime im Osten (Chabarowsk, Komсомolsk, Nikolajewsk, Nowosibirsk, Wladiwostok und Omsk) derzeit mit Demonstrationen konfrontiert ist, und auf der anderen Seite, dass die anderen Imperialismen, vor allem die amerikanischen, deutschen und französischen, das Chaos ausnutzen, um Russlands dominierende Position in Belarus zu erschüttern.

Spielball der Imperialismen

Aber die westlichen Bourgeoisien, die bereits in die Krise verwickelt sind und abweichende Interessen haben, bleiben in diesem Stadium sehr vorsichtig und sprechen sich für einen Dialog zwischen der Opposition und Lukaschenko und gegen eine russische Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus aus. Stattdessen treten sie für Sanktionen ein, die die finanziellen Mittel der wichtigsten belarussischen Führer beeinträchtigen könnten. Und die Arbeiter*innenstreiks beunruhigen die westlichen Bourgeoisien und die Russische Föderation gleichermaßen.

Der russische Imperialismus hat aber zwei Eisen im Feuer und setzt sich auch für eine Verfassungsreform ein – die eine Forderung des Oppositionsrates ist – um einen anderen Ausweg zu finden. Es ist bekannt, dass die russische Regierung Verbindungen zu einigen Mitgliedern der Opposition, unter anderem im Koordinierungsrat, unterhält. Die Bedrohung durch eine russische Intervention, die zwar schwerwiegende Folgen für Putin selbst hätte, kann jedoch nicht leichtfertig von der Hand gewiesen werden. Dies tat allerdings eine der letzten Vertreterinnen der drei führenden Oppositionsfrauen, die sich noch in Minsk aufhält, in einer Erklärung, deren Naivität nur durch ihre Ignoranz überboten wird: "Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Land Truppen zur Unterstützung eines schwachen Diktators entsenden kann" (Maria Kolesnikowa, Le Monde, 29. August 2020).

Lukaschenko erklärte, dass alle Lehrer*innen die Staatsideologie unterstützen müssten, und die Regierung wies viele ausländische Journalisten aus (mit Ausnahme des putintreuen Fernsehsenders Russia Today, von denen es jetzt nur so wimmelt). Am Sonntag, dem 30. August, gingen zum dritten Mal Zehntausende Menschen auf die Straße. Am 1. September demonstrierten anlässlich des Beginns des Studienjahres in Minsk Hunderte von Studierenden gegen das Regime.

Her mit einer revolutionären Arbeiter*innenpartei!

Sudan, Irak, Algerien, Kaschmir, Libanon, Mali, Thailand, Weißrussland, um nur die jüngsten zu nennen: all diese Aufstände der Massen gegen eine korrupte und autokratische Regierungsmacht haben natürlich jeweils ihre Besonderheiten, aber dennoch eine entscheidende Gemeinsamkeit: Solange Fraktionen der Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie das Sagen haben, werden sie auf einer gesetzestreu und wahltaktischen Linie bleiben, ohne die alte Ordnung grundlegend zu verändern, auch wenn sie hier und da einige mehr oder weniger kosmetische Anpassungen erreichen können. Die Arbeiter*innenklasse muss sich auf der Grundlage ihrer eigenen Forderungen, die alle demokratischen Fragen einschließen, sich aber nicht auf diese beschränkt und ihrer eigenen Ziele organisieren, von denen das wichtigste die Machtübernahme, die Zerstörung des bürgerlichen Staates und die Bildung einer Arbeiter*innenregierung ist. Die Organisation der Arbeiter*innen muss auf die besten der im Kampf geschmiedeten Waffen der Arbeiter*innenbewegung zurückgreifen: den Generalstreik, einen Ordnungsdienst zum Schutz von Demonstrationen und Streiks, von den Betriebsversammlungen gewählte und jederzeit wieder abrufbare Komitees, die politische Zentralisierung des Kampfes in einem Zentralkomitee der Betriebs- und Stadtteilkomitees, die Bewaffnung des Proletariats... Un-

ter diesen Voraussetzungen kann die Arbeiter*innenklasse zum bestimmenden Element der Mobilisierung werden und sie zum Sieg führen.

In Belarus führen die Massen einen mutigen Kampf. Sie brauchen die Solidarität der Arbeiter*innen, vor allem in Russland, den baltischen Staaten, Polen und in der Ukraine. Die Arbeiter*innenklasse muss, anstatt eine Hilfstruppe des Bürgertums zu sein (gestern von Lukaschenko, heute von Tichanowskaja), mit allen Fraktionen der Bourgeoisie brechen, die Führung im Kampf gegen den Tyrannen und gegen jede imperialistische Einmischung (aus dem Westen

und dem Osten) übernehmen und einen sozialistischen Weg einschlagen, der in Russland, der Ukraine, Polen nachgeahmt werden wird ... Sie braucht das unverzichtbare Werkzeug für den Sieg: eine revolutionäre Partei.

Diese Forderungen können der Partei des Proletariats aber keineswegs genügen. Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschlusse bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die

Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind. Es kann sich für uns nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, sondern nur um seine Vernichtung, nicht um Vertuschung der Klassengegensätze, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern um Gründung einer neuen.(Friedrich Engels & Karl Marx, Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten, März 1850, in: MEW Bd. 7, S. 247ff)

Gruppe KLASSENKAMPF

<https://www.klassenkampf.net>



Die Arbeiter können natürlich im Anfange der Bewegung noch keine direkt kommunistischen Maßregeln vorschlagen. (...)

Aber sie selbst müssen das meiste zu ihrem endlichen Siege dadurch tun, daß sie sich über ihre Klasseninteressen aufklären, ihre selbständige Parteistellung sobald wie möglich einnehmen, sich durch die heuchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinbürger keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irremachen lassen. Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz.

Karl Marx, Friedrich Engels, Jänner 1850

Internaciema Kolektivista Cirklo
<https://www.ikcirklo.org/>



Patronsuz Dünya
<https://www.patronsuzdunya.com/>

Groupe Marxiste Internationaliste
<https://groupe-marxiste.info/>



**Das Kollektiv Permanente Revolution im Internet:
www.revolucionpermanente.com**

ABC des Marxismus:

Was ist Faschismus?

Das Wort „Faschismus“ leitet sich von der von Benito Mussolini (1883-1945) ab 1915 aufgebauten arbeitnehmerfeindlichen politischen Bewegung ab. Mussolini war damals noch einer der Führer der italienischen Sozialdemokratie, der aber immer stärkere nationalistische und kriegerische Neigungen zeigte und 1915 für den Eintritt Italiens in den imperialistischen Weltkrieg Propaganda machte.

Das Wort „Faschismus“ leitet sich von der von Benito Mussolini (1883-1945) ab 1915 aufgebauten arbeitnehmerfeindlichen politischen Bewegung ab. Mussolini war damals noch einer der Führer der italienischen Sozialdemokratie, der aber immer stärkere nationalistische und kriegerische Neigungen zeigte und 1915 für den Eintritt Italiens in den imperialistischen Weltkrieg Propaganda machte. Dazu gründete er die *Fasci d'azione rivoluzionaria* („Bünde der revolutionären Aktion“) und fasste im März 1919 die von seiner nationalistischen und immer mehr gegen die Arbeiter*innenbewegung gerichteten Ideologie beeinflussten *Fasci dei lavoratori* („Arbeiterbünde“) und *Fasci siciliani* („Sizilianische Bünde“) in den *Fasci italiani di combattimento* („Italienische Kampfverbände“) zusammen. Das Symbol der „Bünde“ wurde aus der römischen Antike genommen: Ein Rutenbündel (*fascis*) mit einem herausragenden Beil. In der Antike wurden diese Insignien der Macht vor hohen Staatsbeamten hergetragen, wobei das Beil die Todesstrafe symbolisiert.

Zwischen 1919 und 1921 kam es in Italien unter dem Einfluss der durch den Krieg ausgelösten Not und Verelendung der werktätigen Massen sowie dem Vorbild der Oktoberrevolution zu einer Welle von Streiks, Fabriksbesetzungen und Auseinandersetzungen zwischen den Arbeiter*innen in Stadt und Land mit der Polizei und der Armee. Dieser Zeitraum wird als „*Biennio Rosso*“ (die zwei roten Jahre) bezeichnet. In einigen Städten des Landes kam es zur Gründung von Arbeiter*innenräten und in der Po-Ebene er-

hoben sich Landarbeiter*innen und Kleinbauern gegen die Großgrundbesitzer. Zwar konnten die Arbeiter*innen im Zuge des *Biennio Rosso* einige Verbesserungen ihrer sozialen Lage (wie den Acht-Stunden-Tag) erkämpfen, die zögerliche und bremsende Haltung der Sozialistischen Partei verhinderte aber eine revolutionäre Offensive, die den Kapitalismus hätte stürzen können. In ihrer Angst vor der Revolution setzten immer mehr vorher verfeindete Fraktionen der Bourgeoisie auf Mussolinis Kampfbünde, die Zulauf von deklassierten Offizieren, Kriminellen und kleinbürgerlichen Abenteurern erhalten hatten, und unterstützten diese finanziell und publizistisch. Mit Mord und Totschlag brachen die Faschisten, wie sie sich selbst nannten, im März 1921 den Generalstreik der italienischen Werktätigen. Damit begann das „*Biennio nero*“, die „zwei schwarzen Jahre“, die den Aufstieg des Faschismus bis zum „Marsch auf Rom“ im Oktober 1922 beschreiben – Jahre des hemmungslosen Straßenterrors gegen städtische und ländliche Arbeiter*innen, Journalist*innen und bürgerliche Anhänger*innen des Parlamentarismus.

„Zwei Jahre nach seinem Entstehen war der Faschismus an der Macht. Er festigte seine Positionen dank dem Umstand, dass die erste Periode seiner Herrschaft mit einer günstigen Wirtschaftskonjunktur zusammenfiel, die der Depression von 1921-22 folgte. Die Faschisten erdrückten das im Rückzug befindliche Proletariat mit der Angriffskraft der Kleinbourgeoisie.

Doch geschah das nicht auf einen Schlag. Schon an der Macht, bewegte sich Mussolini auf seinem Wege mit einer gewissen Vorsicht weiter. Er verfügte noch nicht über fertige Muster. In den ersten beiden Jahren wurde nicht einmal die Verfassung geändert. Die faschistische Regierung hatte den Charakter einer Koalition. Die faschistischen Banden arbeiteten unterdessen mit Knütteln, Messern und Revolvern. Erst allmählich bildete sich der faschistische Staat heraus; das bedeutet die völlige Vernichtung aller selbständigen Massenorganisationen.“ (Leo Trotzki, Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, 1932)

Der Faschismus hat Gemeinsamkeiten mit anderen „Ausnahmeregimes“ der herrschenden Klassen, insbesondere seine Feindseligkeit gegenüber der Arbeiter*innenbewegung und der sozialistischen Revolution, seinen Antiparlamentarismus, den Nationalismus und die Verteidigung des Patriarchats. Militärdiktaturen unterscheiden sich vom Faschismus durch die untergeordnete Massenmobilisierung des „Volkes“ und ihren bürgerlichen Konservatismus, während der Faschismus eine Massenbewegung darstellt, die sich "revolutionär" gibt. Diesen Typus reaktionärer Regimes oder Diktaturen bezeichnen wir als Bonapartismus (oder seltener als Caesarismus). Sie werden in der Regel mit einem „vom Schicksal gesandten“ Führer identifiziert (Louis Bonaparte in Frankreich, Juan Perón in Argentinien, Charles De Gaulle in Frankreich, Hugo Chavez in Venezuela). Sie werden auf einer Welle der Unzufriedenheit des Volkes nach oben gespült und geben sich als Schiedsrichter über eine gespaltene Gesellschaft aus. Ihre Hauptstütze ist die Armee. „Nationa-

le Einheit“ soll den Klassenkampf über-tünchen. Politische Opposition wird zwar unterdrückt, aber nicht systematisch ausgerottet; die Gewerkschaften werden in den autoritären Staat integriert, aber nicht völlig zerschlagen. Ihre Herrschaft legitimieren die Bonapartisten nicht durch bürgerliche Parlamente und Wahlen, sondern durch „Volksabstimmungen“ und angebliche „Instrumente der direkten Demokratie“ – vor den Läufern der Gewehre.

Der Faschismus ist gekennzeichnet durch einen tief verwurzelten Hass auf „Marxismus“ und Internationalismus, Nationalismus, Führerkult, rabiaten Fremden- und Minderheitenhass und, damit verbunden, eine auf „echte Staatsbürger“ ausgerichtete Sozialdemagogie zur Spaltung der Arbeiter*innen. Er lehnt Demokratie und Parlamentarismus ab. Seine politische Praxis basiert im Wesentlichen auf Gewalt, die sich vor allem gegen die Arbeiter*innenbewegung und Minderheiten richtet. Dafür setzen die Faschisten eigene, nicht-staatliche bewaffnete Banden ein, die sich hauptsächlich aus Kleinbürger*innen und deklassierten und lumpenproletarischen Elementen zusammensetzen. Der Faschismus präsentiert sich selbst als modern, „revolutionär“ (oft in Verbindung mit dem Wort „national“), „weder rechts noch links“ und schafft sich hauptsächlich unter den Kleinbürgern (ruinierte Freiberufler*innen, bankrotte Kleinbürger*innen, Polizist*innen, Offizier*innen...) und eher am Rande unter Arbeiter*innen und Angestellten eine Basis.

Er proklamiert als Ziel die Verwirklichung des "nationalen Sozialismus" im Gegensatz zum internationalen Sozialismus der Arbeiter*innenbewegung. Dieser nationale Pseudosozialismus ist nichts anderes als Demagogie, die Systematisierung aller sozialpolitischen Lügen, die von sämtlichen bürgerlichen Parteien benutzt werden, um eine soziale Basis zu gewinnen, die breiter ist als die kapitalistische Minderheit. Die hasserfüllte nationalistische Ideologie dient dazu, den Angriff auf die Arbeiter*innenbewegung nach innen als „Feind der ‚nationalen Einheit‘“ und nach außen als Rechtfertigung für Eroberungs-

kriege, die Versklavung sogenannter "minderwertiger" Völker und sogar den Völkermord zu rechtfertigen.

Der Faschismus kann an die Macht kommen, wenn sich die Bourgeoisie an ihn um Hilfe wendet, weil sie mit den traditionellen Methoden der parlamentarischen Demokratie nicht mehr über die Arbeiter*innenklasse und andere Werktätige herrschen und ihre Herrschaft aufrecht erhalten kann. Der Faschismus ist für die herrschende Klasse immer eine Extremlösung, eine verzweifelte Exit-Strategie. Weder Mussolini noch Hitler haben bei demokratischen Wahlen jemals eine parlamentarische Mehrheit erhalten. In beiden Fällen stimmten die anderen bürgerlichen Parteien für die von den beiden Diktatoren geforderten Vollmachten und blieben passiv angesichts von Wahlmanipulation, Terror und der Abschaffung des parlamentarischen Regimes.

Einmal an der Macht, errichtet der Faschismus einen totalitären Staat, zerschlägt jede Opposition, zerstört alle Arbeiter*innenorganisationen (einschließlich der opportunistischsten und unterwürfigsten) und kettet das Proletariat durch korporatistische („ständische“) Organisationen an das Kapital. In Österreich nahm der Faschismus nicht zufällig die politische Form des „Ständestaates“ an. Wichtigstes staatliches Unterdrückungselement ist die politische Polizei, nicht die Armee. Der Faschismus tendiert dazu, durch seine Politik im Interesse aller Fraktionen des Kapitals früher oder später in Widerspruch zu seiner kleinbürgerlichen und (lumpen)proletarischen Basis zu geraten. So haben die Nazis schon ein Jahr nach ihrer Machtergreifung (1933) jenen Flügel der eigenen Bewegung physisch beseitigt, der die „revolutionären national-sozialistischen“ Phrasen ernst genommen hat.

Der Faschismus ist historisch gesehen eine junge Erscheinung. Er ist das Produkt des Zerfalls des Kapitalismus in der imperialistischen Ära. In dieser Ära ist der Kapitalismus zu fortschrittlichen Reformen (wie im 19. Jahrhundert) nicht mehr fähig. Der Profit kann nur durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die erneute Aufteilung der Welt auf Kosten

der schwächeren oder rückständigeren Bourgeoisien aufrecht erhalten werden. Der Faschismus entstand in imperialistischen Ländern, die durch den Versailler Frieden zerrüttet wurden. Faschismus kann aber auch in vom Imperialismus dominierten Ländern auftreten und sogar die Macht übernehmen. Ein typisches Beispiel ist die Islamische Republik Iran. Hier wurde ein Terrorregime errichtet, das 1979 die beginnende proletarische Revolution durch Stoßtruppen (Pasdaran und Bassiji) niederschlug. Sie zerstörten die Gewerkschaften und massakrierten Revolutionär*innen und nationale Minderheiten. Dschihadistische Gruppen in Syrien und im Irak, wie Daesh und Fatah Al Cham, sind Teil eines solchen religiös gerechtfertigten Faschismus.

Die Sozialdemokrat*innen und Stalinist*innen stellten dem Faschismus das Konzept einer breiten "antifaschistischen Front" entgegen, die "demokratische" Fraktionen der Bourgeoisie einschloss. Um die Bourgeoisie zu beruhigen, unterdrückten sie die radikalen Forderungen der Arbeiter*innen. Sie verpassten ihren eigenen Anhänger*innen einen Maulkorb und verteidigten das „unantastbare“ Privateigentum an den Produktionsmitteln. Diese "Volksfront"-Politik führte in den 1930er Jahren in Frankreich und Spanien zur Katastrophe und zum Sieg des Faschismus.

Im Gegensatz dazu vertraten und vertreten die internationalistischen Kommunist*innen im Kampf gegen den Faschismus, der heute in Europa wieder sein Haupt erhebt, die Notwendigkeit der Einheit der Aktion der Arbeiter*innenorganisationen auf der Grundlage der Interessen der Arbeiter*innenklasse und der Unterdrückten. Im Gegensatz zur „Volksfront“ der Reformist*innen und Sozialpatriot*innen sind wir Verfechter*innen einer Arbeiter*inneneinheitsfront. Zugleich ist es notwendig, die soziale Revolution vorzubereiten, um dem Faschismus seine Klassenbasis zu entziehen.

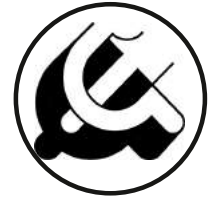
Abschließend zwei kurze Bemerkungen: Die Losung „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ ist gut gemeint, aber falsch und bietet daher

wegen ihrer moralisierenden Stoßrichtung keine Kampfperspektive. Es geht eben genau nicht um eine Auseinandersetzung mit einer „Meinung“, sondern mit einer Bewegung, die klare Wurzeln im Kapitalismus hat. „Verbrechen“ deutet in die Richtung: „Bürgerlicher Staat, Justiz, komm zu Hilfe, sie sind Verbrecher“. Das entwaffnet die Lohnabhängigen und die Jugend und sät Illusionen in einen „neutralen“ bürgerlichen Staat.

Ein weiterer Irrtum besteht darin zu glauben, dass die Wahl eines reaktionären Psychopathen an die Staatsspitze reicht, um ein Land in den Faschismus zu stürzen. Einige verängstigte Liberale glaubten zum Beispiel, dass die Wahl Trumps in den USA oder Bolsonaros in Brasilien zwangsläufig den Faschismus nach sich ziehen würde. Damit wird der Macht der gewählten Repräsentanten von Teilen der herrschenden Klasse eine zu große Rolle

beigemessen. Sie sollen die Geschäfte der Bourgeoisie verwalten, aber innerhalb der von der Bourgeoisie gesetzten Grenzen; wenn sie das unzureichend tun, kann die Bourgeoisie sie legal oder illegal beiseite fegen. Reaktionäre und/oder psychopathische „Führer“ können natürlich die Herausbildung einer faschistischen Bewegung fördern – dabei hat allerdings die Arbeiter*innenbewegung noch ein gehöriges Wörtchen mitzureden.

Der Schlussspunkt



USA: Super-Trump im Spital... und faschistisches Komplott in Michigan

Donald Trump ist die weltweit wirksamste politische Speerspitze des kapitalistischen Systems, der gerade in den letzten Monaten (Stichwort BLM – „proud boys“) immer unverhohlener in Richtung faschistoide Führungsfigur tendiert.

Zu welchen geradezu nordkoreanisch anmutenden Auftritten die bislang als Muster der westlichen demokratisch-kapitalistischen gehandelten USA fähig sind, haben die letzten Tage gezeigt: Nachdem der US-Präsident offenbar positiv auf COVID19 getestet wurde und mit einem Helikopter ins Spital geflogen wurde, zeigte er sich am Wochenende in einer Limousine bei einer Rundfahrt ums Spital seinen „Fans“ und winkte wie dereinst Michael Jackson wirr aus dem Auto.

Dass der hochansteckende Patient dabei auf engstem Raum mit Sicherheitsarbeitern eingeschlossen war und daher deren Gesundheit massiv gefährdete, wird einfach zur Kenntnis genommen. Die verfassungsrechtlich garantierte „Gleichheit von Menschen“ und deren Schutz vor körperlicher Unversehrtheit wird dadurch als bloße Fassade entlarvt. Ja, auf dem Papier ist das kapitalistische System immer sehr „demokratisch“ und „gerecht“.

Eine in Pyramidenform auftretende Phalanx von weißbekittelten Ärzten bekundeten vor der Presse, dass Donald Trump „ein phänomenaler Patient“ wäre. Es wäre den Ärzten „eine Ehre“ gewesen ihn zu behandeln. Spöttelt da wer über Kim Jong Un? Hingegen wurde auf konkrete Fragen nach Zeitpunkt der Infizierung oder dem tatsächlichen Gesundheitszustand des Präsidenten nicht eingegangen oder ausweichend geantwortet. Zurück im Weißen Haus erklärte Trump sodann, dass sich die Bevölkerung vor dem Virus nicht fürchten solle und sich nicht von ihm

dominieren lassen sollte. Diese Aussage ist zynisch und zeigt exemplarisch die Einstellung der herrschenden Kapitalistenklasse zur Lebenssituation der Werktätigen.

Über 210.000 Menschen sind in den letzten Monaten alleine in den USA in Folge der Viruserkrankung verstorben. Wie viele davon eine Behandlung mit einem ganzen Ärzteteam, den besten und teuersten Medikamenten, abgesehen von einer luxuriösen Unterbringung im Spital, genießen konnten, kann sich jeder selbst ausrechnen. Das dem Kapitalismus geschuldete Gesundheitssystem der USA ist auch abseits von COVID19 Spiegelbild der Unfähigkeit des Marktes für eine effiziente und leistbare Versorgung der Bevölkerung mit Krankenbehandlung, stationär wie ambulant zu sorgen.

An diesen grundlegenden Mängeln des kapitalistischen Systems wird auch ein Kandidat der Demokratischen Partei fürs Präsidentenamt nichts ändern. Die giftige Melange aus Coronaleugnung und faschistischen Machtfantasien präsentierte Trump am 18. Oktober bei einer Wahlveranstaltung in Muskegon, Michigan. Zehn Tage, nachdem ein faschistisches Komplott zur Entführung und Ermordung der Gouverneurin des Bundesstaates, Gretchen Whitmer, und anschließendem Umsturz aufgedeckt worden war, hatte Trump nichts Besseres zu tun, als vor seinen Anhängern das Ende der Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung und das „Einsperren“ aller seiner Gegner*innen zu fordern. Und er setzte gleich noch eins drauf, indem er ankündigte „zwölf oder 16 Jahre“ im Amt bleiben zu wollen.

Die vorgezogenen Halloween-Auftritte des amtierenden Präsidenten sind eigentlich starke Argumente dafür, dieses zynische und überlebte System zu beseitigen.